

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatlich 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatlich 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährlich 16,16 Zł., monatlich 5,39 Zł. Unter Streifenband in Polen monatlich 8 Zł. Danzig 3 Zł., Deutschland 2,50 Zł. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Rummer 30 Gr. Bei höherem Gewalt (Verlesung usw.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einpaltige Reflektierzeile 125 Groschen. Danzig 10 bz. 50 Zł. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 253.

Bromberg, Dienstag den 3. November 1931.

55. Jahrg.

Brüning und Hitler.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Nach den bisherigen politischen Zwischenjahren des Reichstages veranlaßt die Innenpolitik. Sie war uninteressant, wurde verdeckt durch die bange Sorge um das wirtschaftliche Morgen. Wenn man will, kann man es als Zeichen zunehmender wirtschaftlicher Besserung hinnehmen, daß nach der diesmaligen Parlamentstagung die innerpolitische Debatte nicht mehr abgeflaut ist. Man wird aber der Wahrheit näher kommen, wenn man die allgemeine Regsamkeit auf der inneren Linie mehr auf die Spannungen zurückführt, die sich im Reichstag aufs äußerste zuspitzen, ohne allerdings auch nur zu einem Bruchteil beseitigt werden zu können. Es war mehr als deutlich geworden, daß auf dem bisherigen Wege die Stellung Brünings nicht zu halten ist. Nachdem die sehr zur Unzeit unternommene Kabinettsbildung nicht geglückt war, blieb es die vornehmste Aufgabe des Kanzlers, gerade wenn er, wie er selber betonte, alle inneren Maßnahmen unter die Gebote der Außenpolitik stellen wollte, die starke und ständig anwachsende Bewegung auf der Rechten in die Front nach außen einzugliedern. Die Wahlen in Anhalt, die den Nationalsozialisten wieder einen starken Zuwachs brachten, haben erneut auf diese Aufgabe hingewiesen. Die bevorstehenden Wahlen in Hessen-Darmstadt werden dasselbe Bild zeigen. Das Problem wird um so dringlicher, als in Berliner Regierungskreisen die Überzeugung herrscht, daß man sich Neuwahlen nicht leisten könne; sie würden, so behauptet man, zu wirtschaftlichen Erschütterungen führen, die der deutschen Widerstandskraft nach außen den letzten Rest geben könnten. Andererseits benutzen gerade die Franzosen in der diplomatischen Beweisführung immer wieder das Argument, die Deutsche Regierung sei nicht recht verhandlungsfähig, weil sie innerpolitisch zu stark gefährdet sei. Aber auch Neuwahlen würden zwar den Nationalsozialisten neuerdings ein starkes Übergewicht bringen, könnten jedoch auf keinen Fall zu einer Klärung ähnlich wie jetzt in England führen. Bleibt also nur der Versuch einer Zusammenarbeit zwischen Brüning und den Nationalsozialisten unter den heutigen Verhältnissen.

Eine solche Wendung der Dinge war auch in den Tagen der Reichstagskämpfe nicht so aussichtslos, wie es damals scheinen mochte, als es auf Biegen oder Brechen zu gehen schien. Die Schwächen in der Harzburger Front waren mit dem freien Auge wahrzunehmen. Daß keine grundsätzliche Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der Persönlichkeit des Reichskanzlers besteht, geht schon daraus hervor, daß Brüning in das sogenannte Schattenkabinett eingerechnet war. Dieses Kabinett war aufgestellt worden, um im Falle eines Sturzes der Regierung sofort mit einem neuen Ministerkollegium bei der Hand zu sein. Da hatte man zuerst den jetzigen Reichskanzler sogar als neuen Kanzler vorgesehen, später als Außenminister. Die Nationalsozialisten hatten für sich das Reichswehr- und das Reichsinnenministerium beansprucht, die Volkspartei sollte zwei, die Wirtschaftspartei einen und die Deutschnationalen die übrigen Minister stellen. Schon diese Zusammenstellung zeigt, was man als möglich ansehen muß. Die Unmöglichkeit, die in dieser Kombination liegt, hat andere Ursachen. Sie bestand vor allem darin, daß zwar ein gemeinsames Kabinett vorstellbar war, aber kein gemeinsames Programm. Die Wirtschaftsparteiler, die dieserhalb bei den maßgebenden Männern des Schattenkabinetts anfragten, konnten darüber keine klare Antwort erhalten. Das war der Grund, daß sie sich der Opposition verlagten und nicht, daß sie sich vom Kanzler ihre Stimmen bezahlen ließen. Die Fragen, welche die Unterhändler der Wirtschaftspartei stellten, bezogen sich in erster Linie auf die Wirtschaftspolitik der vereinigten Opposition. Damit war der schwächste Punkt getroffen. Die sozialreaktionären Tendenzen, die man gewissen Teilen der Harzburger Front mit Recht oder Unrecht nachsagt, hatten schon während der Tagung in Harzburg starke Beunruhigung in den Reihen der Nationalsozialisten ausgelöst.

Ohne Zweifel hat der Zulauf, den die Nationalsozialisten in der letzten Zeit erhielten, die sozialrevolutionäre und antibürgerliche Strömung innerhalb der Partei erheblich verstärkt. Eine Anfrage, die kürzlich von der Seite der christlichen Gewerkschaften an Hitler erging, hat diese Bresche in der Front der Opposition geschickt getroffen. Mit einem Schlage ist die Debatte über eine Zusammenarbeit zwischen Brüning und Hitler in vollem Gange. Sie ist sehr laut, sehr turbulent und in vielem widersprechend. Das ist zurückzuführen einmal auf die Enttäuschung, die sich nach der verlorenen parlamentarischen Schlacht zeigt und Verwirrung in die Reihen getragener hat, dann aber auf die Tatsache, daß die Nationalsozialistische Arbeiterpartei, die so rasch und oft auch für die Führer beängstigend gewachsen ist, zum erstenmal hart an die Verantwortung herangebracht wird. Jetzt muß sie klare Stellungen beziehen und die in ihr stark hin und her wogenden Tendenzen in eine eindeutige Richtung bringen. Aber auch wenn man mit aller Behutsamkeit, die geboten ist, den Boden der Debatte nicht so tiefen betrachten, bleibt die Feststellung, daß zum erstenmal in der Öffentlichkeit über ein Zusammengehen zwischen Brüning und Hitler ernsthaft gesprochen wird. Privat war die Verbindung seit langem hergestellt. Als Brüning die Regierung übernahm, fand in einem Privathause eine Zusammenkunft mit dem Führer der Nationalsozialisten

statt. Sie führte dazu, daß Hitler den Kanzler seiner persönlichen Hochachtung versicherte, ihm aber bedeutete, daß er sich von einer Koalition, wie sie hinter Brüning stand, nichts verspreche und nicht von seinem Wege abbringen lassen wolle. Auch später ist die Verbindung nie ganz abgerissen, vor allem durch den Hauptmann Göring aufrechterhalten worden. Auch über den General Schleicher ging eine Verbindung, die nicht weniger lange besteht. Zweifellos sind diese Dinge ernster zu werten als die öffentliche Auseinandersetzung, die mehr den Zweck hat, das Gelände abzuleuchten und die Stimmung der nationalsozialistischen Anhänger zu erhitzen. Es ist sogar zu erwarten, daß die Debatte sehr bald wieder abflauen wird. Erst dann wird man urteilen können, ob praktische Ergebnisse zu erwarten sind oder nicht.

Denn es ist die Frage, ob die Zeit für eine Regierung Brüning-Hitler schon reif ist. Man wird diese Frage vor allem unter außenpolitischem Gesichtswinkel zu betrachten haben. Für das Ausland sind die Nationalsozialisten eine unbekannte Größe, über deren Wirkung in der praktischen Politik immer noch recht abenteuerliche Vorstellungen im Umlauf sind. In einer solchen Rolle können sie unter Umständen für das gesamtdeutsche Interesse besser wirken, wenn sie außerhalb der Regierung stehen, als wenn sie durch ihren Eintritt in die Praxis entzaubert würden. Voraussetzung dafür wäre allerdings, daß ein regelrechtes Oppositionsprogramm zwischen Brüning und Hindenburg verabredet würde, so wie das in allen Ländern mit einer langen politischen Erfahrung, etwa in England, der Fall ist. Denn Hitler und die Reichsopposition sind die letzte deutsche Reserve für den Fall, daß dem Reich bei den kommenden Verhandlungen über Tribute und Schulden wieder ein Diktat, die nackte Unterwerfung zugemutet würde. Steht dann Hitler draußen, so braucht er sich durch die schwierigen Verhandlungen nicht abzumühen, und es bleibt immer noch eine innerpolitische Kombination in der Hinterhand, hinter der

sich der letzte Widerstand neu formieren kann. Allerdings müßte dann bis zu diesen entscheidenden Verhandlungen die Möglichkeit eines Zusammenspiels zwischen Regierung und Opposition gegeben sein; denn allein dadurch kann eine solche Taktik zum Erfolge führen.

Cornelius Diekmann.

„Nicht gedreht und gedeutelt . . .“

Hitler hat bekanntlich in einem „Offenen Briefe“ betont, daß er an der nationalen Gesinnung des Reichskanzlers nicht zweifle. Daraufhin erschien in dem „Nationalsozialistischen Pressedienst“ ein Artikel, der dies Bekenntnis dadurch entwertete, daß er hinter das Wort „national“ die Einschränkung setzte, „wie er (der Kanzler) es auffaßt“, und anschließend von der Romförmigkeit sprach. Jetzt erklärt der nationalsozialistische Abg. Stöhr:

„daß im Nationalsozialistischen Pressedienst nicht selten Anschauungen vertreten worden sind und voraussichtlich auch noch weiter zum Ausdruck kommen werden, die nicht die Meinung des Vorstandes der Reichstagsfraktion der NSDAP. widerspiegeln. Das trifft auch für den vorliegenden Fall zu. Es ist selbstverständlich, daß an dem, was unser Führer in seinem „Offenen Briefe“ an den Reichskanzler Dr. Brüning niedergeschrieben hat, in keiner, wie immer gearteten Weise „gedreht und gedeutelt“ werden kann. Um Mißverständnissen für die Zukunft vorzubeugen, wird der Inhalt des Nationalsozialistischen Pressedienstes von nun an in einen amtlichen und einen nichtamtlichen Teil gegliedert werden. Für das, was im „Nichtamtlichen Teil“ zur Veröffentlichung gelangt, können wir bzw. die Parteileitung eine Verantwortung nicht übernehmen.“

Auch das ist ein Symptom!

Vor einer neuen Weltkonferenz.

Der Youngplan hat sich überlebt.

Die Berliner „Germania“ schreibt:

Soeben ist der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Hoesch, zu einem kurzen Besuch in Berlin eingetroffen, um die Richtlinien der Reichsregierung hinsichtlich des Young-Planes und des internationalen Kredit- und Verschuldungsproblems in Empfang zu nehmen. Er wird unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Paris vom Ministerpräsidenten Laval empfangen werden, der am Montag wieder in der französischen Hauptstadt eintrifft. Zur Vorbereitung dieser Instruktionen hat bekanntlich am Donnerstag der Reparations-Ausschuß des Reichskabinetts getagt, der angesichts der Offenheit aller entscheidenden Fragen allerdings nicht definitiv Stellung nehmen konnte. Die Deutsche Reichsregierung ist durch den Botschafter von Prittich über das Ergebnis der Washingtoner Besprechungen eingehend unterrichtet worden; diese Informationen werden jedoch durch die Darstellung ergänzt werden müssen, die von französischer Seite zu dem Washingtoner Verhandlungsergebnis und dem abschließenden Communiqué gegeben worden ist.

In diesem Communiqué war in ziemlich allgemeinen Formulierungen den europäischen Mächten die Weiterbehandlung des politischen Schuldenproblems anheim gegeben worden, und in den Kommentaren der Leute, welche dem Weißen Hause nahestanden, wurde diese Feststellung als eine Forderung an Deutschland ausgelegt, die Maschine des Young-Planes in Kraft zu setzen. In ähnlichem Sinne schrieben die Korrespondenten der Pariser Blätter an Bord der „Je de France“. Wir haben bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Inangeführung des im Young-Plan vorgesehenen Erleichterungsprogramms in keiner Weise unserer gegenwärtigen Finanzlage Rechnung trägt und uns daher praktisch keinen Schritt weiter bringen kann. Die im Artikel 119 des Young-Planes vorgesehenen Erleichterungen waren für den Fall in Aussicht genommen, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit vorübergehend abgeschwächt sein würde; diese sind aber angesichts der katastrophalen Finanzlage heute völlig bedeutungslos. Das Gremium, an dessen Zusammentritt Deutschlands allenfalls Interesse haben könnte, wäre der beratende Sonderausschuß der V33, und das Ergebnis seiner Untersuchungen über die deutsche Wirtschaftslage könnte kaum von demjenigen abweichen, welches die Baseler Sachverständigen nach gründlicher Vorarbeit im sog. Layton-Bericht niedergelegt haben.

In diesem Bericht war mit vollem Recht die Auslandsverschuldung Deutschlands in ihrer Gesamtheit als entscheidend bezeichnet worden. Der Bericht empfahl, die kurzfristige Verschuldung in eine langfristige umzuwandeln und für die Inangeführung der deutschen Wirtschaft ausreichende Kredite zu geben. Die Auslandsverschuldung Deutschlands allein an kurzfristigen Krediten beträgt schätzungsweise zwölf Milliarden Reichsmark, und die Stillhaltungsaktion, mit deren Hilfe diese Riesensumme künstlich in Deutschland fest-

gelegt wurde, läuft am 18. Februar 1932 ab. Demgegenüber läuft das Hoover-Moratorium noch bis zum 1. Juli des nächsten Jahres. Es ist also ganz klar, welche Frage zunächst einer dringenden Lösung bedarf und wo die Lebensinteressen der Gläubigerstaaten Deutschlands am stärksten berührt werden. Selbst im günstigsten Falle müßte man von einer Alternative sprechen, wenn es sich darum handelte, der einen oder anderen Verpflichtung bei einer Besserung der deutschen Finanzlage nachzukommen. Die Vorschläge, welche von ausländischen Beurteilern wie dem belgischen Finanzfachverständigen Frangui, dem Partner Morgans, Lamont, und dem bekannten französischen Wirtschaftsfachverständigen Rist gemacht worden sind, leiden alle an dem einen Fehler, daß sie eine wirtschaftliche Vertrauensbasis voraussetzen, auf welcher ihre Finanzoperationen vollzogen werden sollen. Diese Basis soll aber eben erst geschaffen werden, und mit Recht weist hier der Layton-Bericht auf die Notwendigkeit hin, die politischen Schuldenverpflichtungen Deutschlands abzubauen und die Entspannung der politischen Beziehungen zu erreichen.

In keiner der beiden Richtungen hat die Washingtoner Zusammenkunft, soweit wir dies heute übersehen können, einen positiven Fortschritt gebracht. In den politischen Fragen sind die Meinungen hart aufeinander geprallt, und seit langem haben sich nicht mehr die Vertreter der klassischen französischen Sicherheitstheorie und die Verfechter einer Politik der Revision und Abrüstung so unverzüglich gegenübergestellt. Hinsichtlich der politischen Schuldenszahlungen hat die Haltung Lavals und diejenige der amerikanischen öffentlichen Meinung Hoover zur Sterilität verurteilt, und er konnte nichts anderes aussprechen, als daß er sich im gegebenen Augenblick mit einem neuen Schuldenschritt in die in Gang befindlichen europäischen Revisions- und Kreditunterhaltungen einschalte werden.

Die Initiative liegt tatsächlich bei Europa, und das Mittel für ihre Ergreifung wäre keineswegs irgendein untergeordneter Sachverständigenausschuß der V33, sondern eine große allgemeine Reparationskonferenz unter amerikanischer Anteilnahme, die das Problem der Verschuldung und der politischen Schuldenszahlungen autoritativ behandelt und sich auf diejenigen Vorarbeiten stützen kann, die inzwischen geleistet worden sind.

Die Rückkehr des deutschen Botschafters.

Paris, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Pariser Morgenpresse erörtert heute lebhaft die Rückkehr des deutschen Botschafters von Hoesch nach Paris und die Vorschläge Brünings, die er heute im Laufe des Tages dem Ministerpräsidenten Laval vorlegen wird. Der „Figaro“ schreibt u. a. folgendes: „Wir müßten“ — was Gott verhüte — „eine Gehirnerschütterung davontragen, wenn wir uns geneigt zeigen, Deutschland volles Vertrauen entgegenzubringen. Gerade unsere Schwäche hat uns zu dem gleichen Töse gebracht, wie es jeder Girant eines

Beifalls trägt, der die Unterschrift einer zahlungsunfähigen Person trägt."

"Lami du Peuple" schreibt: "Es naht der Winter, er wird für uns und alle anderen hart sein. Mit den Vorschlägen des Reichstanzlers Brünning, die der deutsche Botschafter von Hoesch mitgebracht hat, ist keineswegs ernst zu rechnen, sie können das Übel nicht beseitigen."

London, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.) Zu der angeblichen Absicht Lavals, den größten Teil der Tribute weiterhin durch Sachlieferungen zahlen zu lassen, meldet der Pariser Vertreter der "Times", daß diese Sachlieferungen insbesondere für die Durchführung einer großzügigen Kolonialpolitik Verwendung finden sollen.

Borah kommt nach Paris?

Über die Beziehungen des französischen Ministerpräsidenten Laval zu Senator Borah kommt aus Washington über das Reuterbureau eine wichtige Meldung. Die Beamten des amerikanischen Staatsdepartements, die über das Gerücht einer Einladung des Präsidenten Hoover nach Paris befragt wurden, haben nämlich erwidert, daß sie „über derartiges nicht auf dem Laufenden“ wären. Dagegen gab man zu, daß Laval eine derartige Einladung an Senator Borah, den Vorsitzenden des Ausschusses des amerikanischen Senats, gerichtet habe.

In der Tat sagte der französische Ministerpräsident, als er am Sonntagabend von Senator Borah Abschied nahm: „Was ich hier zu sagen hatte, habe ich gesagt. Wenn Sie nach Paris kommen, wird es an Ihnen sein, zu sprechen.“

Der „Temps“, der immer sehr gute Beziehungen zu dem französischen Auswärtigen Amt unterhält, berichtet dazu: „Obgleich der Senator Borah, der der größte außenpolitische Sachverständige Amerikas ist, noch niemals ins Ausland gereist ist, hat er erwidert, daß er diesen Vorschlag aufmerksam prüfen werde, obwohl er mit den Wahlen für 1932 beschäftigt sei.“ Die Einladung Lavals an Borah nach Paris beweist, daß der französische Ministerpräsident die Absicht hat, die Unterhaltung mit Borah fortzusetzen.

Auch bei Morgan

beginnt man zu begreifen.

Thomas Lamont, der Mitinhaber der J. P. Morgan Bank, fordert in einer Besprechung des Schacht-Buches „Das Ende der Reparationen“ Deutschland auf, die Initiative zu ergreifen, um eine Verständigung mit Frankreich über die Reparationsfrage herbeizuführen. Lamont ist der Überzeugung, daß, falls die beiden europäischen Regierungen diese Aufgabe erfüllen würden, auch die Amerikanische Regierung bereit sein würde, neue Vorschläge zur Schuldenfrage entgegenzunehmen. Dagegen könne nicht erwartet werden, daß die Amerikanische Regierung in dieser Richtung die ersten Schritte tun werde, noch könne die Amerikanische Regierung Deutschland Anleihen für Reparationszahlungen weiterhin gewähren. Die Lösung des Reparationsproblems müsse daher auf „realistischer Grundlage“ erreicht werden.

Lamont erinnert daran, daß die amerikanische Finanzwelt in den letzten 12 Jahren einen unverhältnismäßigen Anteil an Reparationslasten getragen und dadurch es den Gläubigernationen erleichtert habe, eine wirklich endgültige Lösung der Reparationsfrage zu vermeiden. Daher sollte Deutschland, „je rascher, je besser“ entweder durch den Young-Plan oder durch direkte Verständigung mit Frankreich im Rahmen des Young-Planes die Initiative ergreifen. Ferner betont Lamont, daß das internationale Vertrauen in Deutschland untergraben werde, wenn es nicht den durch das Hoover-Moratorium geschaffenen Aufschub benuzt zur Liquidierung seiner kurzfristigen in- und ausländischen Verpflichtungen. Deutschland solle der Agitation für eine Revision des Versailler Vertrages ein Ende machen und größeres Vertrauen in ein „ordentliches Verfahren“ setzen, um eine Revision zu erreichen, wie sie zu rechtfertigen sei. Er sei einer der letzten, zu glauben, daß der Versailler Vertrag ein Werk der Gollendung sei. Dieser enthalte durch und durch ungünstige Bedingungen. Jedoch sei kein Grund zu der Annahme vorhanden, so viel dies auch in Washington und London zu glauben schienen, daß das französische Volk sich in dieser Frage als unvernünftig erweisen würde. Man müsse aber Frankreichs Neigung für eine methodische Behandlung berücksichtigen und nicht ungeduldig werden, wenn die Franzosen auf einem solchen Verfahren bestünden.

Wir wissen, daß politische Fragen erster Ordnung ihrer Lösung auf dem europäischen Kontinent harren und wenn wir von Reparationen sprechen, sind wir uns bewußt, daß keine wirklich endgültige Verständigung erreicht werden kann ohne Berücksichtigung der damit in Verbindung stehenden politischen Fragen.

Die Ausführungen Lamonts erregen in Amerika erhebliches Aufsehen. Da Lamont am letzten Montag erst eine lange Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval hatte.

Das Rüstungs-Festjahr

von Frankreich, Deutschland, Rußland, den Vereinigten Staaten, Japan u. a. angenommen

Bis zum 1. November sollten sich nach dem Beschluß der Völkerbundsversammlung die zur Abrüstungskonferenz eingeladenen Staaten darüber äußern, ob sie bereit sind, den Vorschlag eines Rüstungs-Festjahres, das mit dem 1. November beginnen soll, anzunehmen. Auch die deutsche Antwort ist bereits nach Genf abgegangen. Es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß die Antwort nur zustimmend ausgefallen sein kann.

Wie weiter aus Paris gedrchtet wird, hat das französische Ministerium des Äußeren am Sonntagabend die Antwort der Regierung auf den Vorschlag einer Rüstungspause an das Generalsekretariat des Völkerbundes abgeschickt. In dieser Antwort teilt die französische Regierung mit, daß sie bereit sei, die Rüstungspause unter den in der Entschließung des Völkerbundes festgelegten Bedingungen anzunehmen, vorausgesetzt, daß die Frankreich benachbarten Regierungen diese Pause gleichfalls annehmen und einhalten.

Wie ferner der Genfer Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ meldet, hat auch die Regierung der Vereinigten Staaten dem Generalsekretär des Völkerbundes

eine Note übermittelt, worin sie erklärt, daß sie das Rüstungs-Festjahr annehme unter der Voraussetzung, daß die übrigen maßgebenden Militär- und Flottenmächte das gleiche tun. Dabei macht sie den Vorbehalt, daß sich das Festjahr nicht auf die Bauten beziehe, die begonnen seien oder für die vor Inkrafttreten des Festjahres Kontrakte abgeschlossen seien.

Bis jetzt haben folgende Staaten, außer den oben genannten, ihre Bereitschaft zur Annahme zu erkennen gegeben: Argentinien, Ägypten, Sowjetrußland, Albanien, die Schweiz, Japan, Siam, Lettland, Tschechoslowakei, Chile, Belgien, die Niederlande, Ungarn, Neuseeland, Australien, Italien und Dänemark. Japan, Belgien, die Schweiz und die Niederlande machen Vorbehalte bezüglich ihrer Nachbarstaaten.

Donau-Völkerbund?

Immer neue Versuche am untauglichen Objekt.

Aus französischen Völkerbundsreisen, die die Vorgänge im Donauboden, insbesondere in Österreich und Ungarn, aufs genaueste verfolgen, hört man von einem Plan, wonach der nächste Schritt zur „Sammlung der Kräfte“ auf dem Gebiete der ehemaligen Monarchie die Errichtung eines „Zentraleuropäischen Völkerbundes“ sein werde, der Österreich, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei, möglicherweise auch Polen, umfassen soll.

Diese Einrichtung soll keineswegs mit dem Genfer Bündnis konkurrieren, sondern den Rahmen für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit ergeben, von der zunächst weder die inneren noch die äußeren politischen Verhältnisse berührt würden. Innerhalb dieses mitteleuropäischen Völkerbundes, so scheint man sich das vorzustellen, wären dann die Pläne zu verwirklichen, die auf die Bildung von zwischenstaatlichen, in diesem Falle regionalen Industrie-Ententen hinauslaufen und für deren Durchführung man im Verlaufe der Reorganisation der Österreichischen Kreditanstalt wertvolle Anhaltspunkte zu gewinnen hofft. Ob diese Pläne bereits konkrete Formen angenommen haben, läßt sich im Augenblick nicht feststellen, doch steht fest, daß man sich eingehend mit ihnen beschäftigt.

Diese Nachricht verstehen die „Wiener Neuesten Nachrichten“ mit folgendem Kommentar:

Die vorstehende Genfer Meldung verdient zweifellos die stärkste Beachtung. Daß die französische Politik seit dem erzwungenen österreichischen Rückzug in der Zollunionsfrage mit allen Mitteln daran arbeitet, die Fragen im Donauboden unter Ausschluß Deutschlands zu lösen, ist kein Geheimnis. Ebenfalls wie die Tatsache, daß der Versuch, sogleich zu einer umfassenderen, etwa zollpolitischen Verbindung der Donaufstaaten zu gelangen, auf außerordentliche politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten stoßen würde. Man braucht nicht nur an den heftigen Widerstand zu denken, den er bei der Landwirtschaft der Industriestaaten finden würde, vor allem in der Tschechoslowakei und in Österreich, wo im Falle einer Zollunion der Donaufstaaten ein vollkommener und dauernder Zusammenbruch der agrarischen Produktion zwangsläufig eintreten müßte. Es hat daher schon seine Logik, wenn man in Frankreich jetzt eine unverbindlichere Form sucht, die nur die Vorstufe für weitergehende Pläne bilden würde und die politische Lage im Donauboden für die nächste Zeit im französischen Sinne konsolidieren könnte. Darüber hinaus wäre dann, wie es in der Meldung heißt, die Errichtung von Industrie-Ententen möglich, ein altes französisches Projekt, dessen Durchführung die weitere Annäherung wirksam vorbereiten könnte.

Es ist selbstverständlich, daß, was Österreich betrifft, eine Beteiligung an solchen Plänen auf keinen Fall in Betracht kommt. Nicht einmal die rechtsstehenden Christlichsozialen, deren Führer Dr. Seipel unzweifelhaft erklärt hat, daß für Österreich keine Lösung ohne Deutschland tragbar wäre, dürften bereit sein, ein derartiges Projekt zu diskutieren, geschweige denn die übrigen Parteien. So ist auch der „Zentraleuropäische Völkerbund“ eine Totgeburt, wie viele andere Pläne, die zu demselben Zweck schon konstruiert worden sind. Als Symptom aber für die französische Aktivität bleibt er bemerkenswert und eine Mahnung, auf der Hut zu sein.

Doch russische Intervention

in der Mandchurei?

Paris, 30. Oktober.

Trotz der beruhigenden Erklärungen, die der russische Völkerbundsminister für auswärtige Angelegenheiten Karagan an dem japanischen Botschafter abgegeben hat, weiß der „Matin“ aus Shanghai zu melden, daß eine militärische Intervention des Sowjets in der Mandchurei unmittelbar bevorstehe.

Wie der „Voss. Zeitg.“ aus Paris berichtet wird, beabsichtigen die Sowjets zunächst, ihren alten militärischen Bohnsack auf der 1500 Kilometer langen Strecke von Mandchuri nach Pogranitschnaja wieder einzurichten. Die mandchurische Döbshausgesellschaft habe auch schon genügend Eisenbahnwagen für den Transport einer ganzen Division russischer Truppen zur Verfügung gestellt.

Die Pariser Agentur Indopacifique berichtet aus Tokio, daß nach einer Meldung aus Mukden bei einem Kampfe mit chinesischen Truppen ein japanischer Hauptmann tödlich verletzt, zwei Mann tödlich und drei schwer verletzt worden seien. Die chinesischen Truppen hätten die Nachhut einer japanischen Abteilung angegriffen, die nördlich von Yikushu Räuberbanden zurückgeschlagen habe.

Wer im Glashaus sitzt . . .

letztliche Stimmen über polnische Minderheitenbehandlung.

Vt. Riga, 30. Oktober.

Während die lettische Presse sich bisher Polen gegenüber sehr wohlwollend verhalten und kaum je abfällig über Polens Nationalitätenpolitik geschrieben hat, hat die jüngste Verschärfung der polnisch-lettischen Beziehungen dazu geführt, daß nun auch in den Spalten lettischer Blätter verschärfte Parteivichtungen Artikel zu erscheinen beginnen, die sich kritisch mit den nationalpolitischen Zuständen in Polen befassen.

Der rechtsbürgerliche, bisher ausgesprochen polenfreundliche „Latvian“ schildert in einem Artikel die Behandlung der Deutschen in Polen, und namentlich in Oberschlesien. Die linksbürgerliche „Zentra Balh“ weist in einem Artikel auf die unzähligen Beschwerden gegen Polen im Völkerbund hin. Das Minderheitenrecht Polens stehe weit hinter Europa zurück. Kulturelle Autonomie, Anrecht auf staatliche Ämter, Recht auf Wahlbeteiligung, Glaubensfreiheit beständen in Polen noch nicht in vollem Umfange. Für einige Minderheiten gelte ein besonderer Ausnahmezustand. Das Blatt erwähnt die sehr umfangreiche Literatur über die Verfolgung der Nationalitäten in Polen.

Der Aufmarsch der Zeugen im Breß-Brozek.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 2. November

Nachdem am Freitag zwei Hauptzeugen der Anklage, der Vizeminister im Innenministerium Stamirowski und der Direktor des politischen Departements, Gaucek-Roma, vernommen worden waren, marschierten am Sonnabend Zeugen kleineren und kleinsten Kalibers auf, zumeist Staatsbeamte unterer und unterster Dienstgrade.

Der Pressereferent in der Vemberger Starostei, Jan Starceki, vermag auf die Frage eines Verteidigers keine Auskunft zu geben, wer Badeni (der ehemalige Statthalter von Galizien, D. R.) war. Und die in einer Versammlung gesammelten Redewendungen „Nation der Idioten“ und „Beiß . . . Hosen“ bezeichnete der Zeuge als eine Verunglimpfung unberufener Menschen. Wenn Marschall Pilsudski diese Redewendungen gebraucht habe, so könne man nicht dulden, daß andere Menschen sie nachplappern. Die Verteidigung stellte noch mehrere Fragen an den Zeugen, um den Grad seiner Intelligenz zu prüfen. Während des Verhörs herrschte im Saale große Heiterkeit.

Der nächste Zeuge ist der Major im Ruhestande und frühere Kommandant der Krankenkasse in Tarnow, Jankowski, der aus sagte, daß er sich mit politischen Versammlungen niemals befaßt habe. Er habe nur in den Zeitungen von Angriffen gegen die Organisation der Krankenkasse gelesen und daß man ihn auf einem Karren habe hinaustransportieren wollen. Dies sei jedoch nicht erfolgt. Weiter wurde der Referendar des Starostwo in Tarnow, Goltowski, ein hochgewachsener kahlpförmiger alter Herr mit einer langen Nase vernommen. Er sagte aus, daß er eine Rede des Abg. Goltowski mit angehört habe. Goltowski soll gesagt haben, daß die Verfassung offenbar nicht verpflichte, da in Warschau Menschen wie Stechnadeln im Straß verstreut, daß alle wüßten, was mit dem betreffenden Menschen geschehen sei, nur die Behörden wollten nichts wissen. Goltowski soll ferner erklärt haben, daß Flammen aus den Palästen aufsteigen würden, und nicht allein das Blut der Arbeiter fließen werde. Diese Redewendungen hätten ihn, den Zeugen, veranlaßt, die Versammlung aufzulösen.

Es sagten noch einige Polizisten aus, brachten aber kein neues Material von Belang bei.

Hochverrats-Anklage

gegen Alfons XIII.

Der Untersuchungsausschuß des spanischen Parlaments, der mit der Prüfung der Verantwortlichkeiten an der Errichtung der Diktatur Primo de Riveras betraut war, hat seine Arbeiten beendet. Angeklagt werden ganz allgemein Personen, darunter Alfons XIII, die Generale des ersten und des zweiten Direktoriums, die Minister der Diktatur und General Maza, der im Augenblick des Staatsreiches Kriegsminister war. Die Anklage gegen Alfons XIII. lautet auf Hochverrat.

König Alfons Schätze in der Tschechoslowakei.

Nach dem Sturz der Monarchie in Spanien wurde viel darüber gesprochen, ob es dem zurückgetretenen König gelungen sei, sein Vermögen in Sicherheit zu bringen. Jetzt kommt eine Nachricht aus der Tschechoslowakei, die geeignet ist, das Interesse für diese Frage neu zu beleben. Vor einigen Tagen trafen auf der tschechoslowakischen Station Poddien drei Güterwaggons ein. Die Frachtbriefe trugen den Vermerk, daß die Sendung dem Grafen von Toledo gehöre. So lautet bekanntlich der Inkonkognit-Name des früheren Königs von Spanien. Es war keinesfalls eine Schmuggelendung. Sie kam auf dem normalen Wege in der Tschechoslowakei an und sollte gemäß der Schätzung der Antiquitätenhändler Samuel und Eugen Perlot verzollt werden. Über den Befund erzählt nun einer der Brüder Perlot interessante Einzelheiten: „Da die drei eingetrossenen Waggons zahlreiche Gegenstände von großem Wert enthielten, beschloß die tschechoslowakische Zollverwaltung, mich und meinen Bruder als Sachverständige für die Schätzung der Sendung heranzuziehen. Es wurde uns dabei gesagt, daß nicht der künstlerische, sondern der effektive Wert angegeben werden soll. Wir machten uns an die Kisten heran. Es war ein wahrer Laden-Schatz, der sich uns offenbarte. In meinem langen Leben habe ich als Antiquitätenhändler schon manche Kunstschätze von gewaltigem Wert gesehen. Was sich aber diesmal meinen Augen bot, übertraf die reichste Phantasie. Neben wunderbaren antiken Möbeln sah ich Meisterwerke aus dem 15. und 16. Jahrhundert, weltberühmte Miniaturen spanischer Meister aus der Renaissance, Marmorstatuen, Juwelen, goldene und bronzene Schmiedearbeiten. Man kann sich einen gewissen Begriff von dem gewaltigen Umfang dieser Schätze machen, wenn man bedenkt, daß allein in einer Kiste 114 Tafelstücke aus einem goldenen Service verpackt waren. Die beiden Antiquitätenhändler mußten sich verpflichten, ihre Schätzung geheim zu halten. Nach der Verpackung ist die Sendung nach dem Schloß Alt-Lubau transportiert worden. Das Schloß befindet sich in der hohen Tatra und gehört dem polnischen Grafen Johann Lamontski, dessen Mutter eine Tante des früheren Königs Alfons war.“

Wasserstands Nachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 2. November 1931.

Krakau - 1,36, Zawichost + 2,60, Warschau + 3,23, Piotrków + 2,95, Białystok + 2,68, Culm + 2,17, Graudenz + 2,20, Rurbebrat + 2,11, Bielefeld - 1,26, Dirschau - 1,18, Einlage + 2,42, Schiemenhorst + 2,68.

Allerseelen.

Ihr wagt es nicht, den Namen des zu nennen,
zu dem das kindliche Gemüth fleht,
und wenn Sein Atem durch die Räume geht,
so fühl ihr oft des Zweifels Frage brennen.

Wer Kerzen zündet, mögt ihr nicht erkennen,
doch seht ihr wohl das Leuchten, das entsteht,
und zittert alle, wenn das Licht vergeht,
und fällt ins Knie, und müßt nun laut bekennen.

O wißt ihr nicht, daß Flamme nie verglüht,
daß nicht verloschen ist, was uns verging
und unser blinden Auge nicht mehr scheint!

O fühl ihr nicht, wie Liebesvoll bemüht
die Vaterhand das flüchtige Licht umfing,
das nun erstrahlt dem ewigen vereint.

Martha Grubbe

„Andante cantabile“

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Pünktlichkeit zugesichert.

Bromberg, 2. November.

Etwas milder.

Die deutschen Wetterstationen finden für unser Gebiet trockenes und meist heiteres Wetter bei leicht ansteigenden Temperaturen an.

40 Jahre im Amte.

Am 2. November feiert Pfarrer Fuß in Rogasen den 40. Gedenktag seiner Ordination. Den größten Teil seiner Amtszeit hat er der Gemeinde Döbe in Pommerellen gewidmet, wo er vom 1. Januar 1896 bis zum 1. August 1924 tätig war. Dann ging er nach Rogasen, wo er gleichzeitig mit der städtischen Gemeinde die Leitung der Bibel- und Bibelvereine übernahm. Dieses Bibelheim „Verba“ ist entstanden aus dem notwendigen Bedürfnis, freimüßige Helferinnen für die kirchliche Arbeit, namentlich im Kindergottesdienst und in den Jugendvereinen zu gewinnen. Die Ausbildung geschieht jetzt in 1/2-jährigen Kursen in Rogasen, an die sich eine praktische Zeit anschließt. Im Laufe der 7 Jahre sind eine stattliche Zahl junger Mädchen durch dieses Bibelheim hindurchgegangen und verdanken Pfarrer Fuß Vertiefung und Förderung. Für die einzelnen Zweige der Ausbildung stehen Pfarrer Fuß eine Reihe von Mitarbeitern zur Seite.

Pfarrer Fuß ist am 6. Oktober 1866 in Baldaun, Kreis Dirschau, als Sohn eines Landwirts geboren und besuchte zunächst die Schule in Elbing. Seine theologischen Studien legte er an den Universitäten Jena und Königsberg ab und bestand die beiden theologischen Prüfungen in den Jahren 1889 und 1891 in Danzig. Am 2. November 1891 wurde er von General-Superintendent D. Kaube ebenfalls in Danzig ordiniert und übernahm zunächst eine Hilfspredigerstelle in der Gemeinde Culm in Pommerellen. Von dort ging er nach Döbe.

In seinem Ehrentage grüßen Pfarrer Fuß nicht nur seine beiden Gemeinden, die mit großer Liebe und Verehrung an ihm hängen, sondern auch die Gesamtkirche, die seiner unermüßlichen Arbeit viel Förderung verdankt.

Deutsche Bühne Bromberg.

Die Toni aus Wien.

Singspiel in 4 Bildern.

Man müßte den Tag, an welchem die Gestalt des großen Franz Schubert im „Dreimäderlhaus“ auf die glatte Bahn der Popularität geschoben wurde, als den Geburtstag einer bestimmten Bühnengattung erklären. Er ist denkwürdig genug, um ihn für alle Zeiten festzusetzen. Es geschah nicht mit Unrecht, daß ein bekannter Bühnenkritiker Deutschlands ihn den „schwarzen Tag“ aller großen Geister nannte: Seitdem werden von findigen Köpfen alle amourensen Angelegenheiten dieser Geister in einer oft unglücklichen Verkettung von Wahrheit und Dichtung in das grelle Licht der Rampe gestellt. Vollkommen geglättet ist dieser Wurf nur einmal: im „Dreimäderlhaus“. Die in der hohen Kunst der öffentlichen Meinung stehende „dichterische Freiheit“ hat hier mit glücklicher Hand einen Rahmen von Ereignissen geschaffen, in welchem das musikalische Erbe Schuberts zusammengefaßt wurde. Der kluge, treue Auschnitt einer Periode liegt hier in der organischen Verschmelzung der Person, der Zeit und der Musik.

Die Nachkriegszeit trägt etwas weniger Pietät zur Schau. Von „Paganini“ und „Friederike“ zur „Toni aus Wien“ führt ein Weg, an welchem Dornen und Distel in reicher Auswahl stehen. Aber danach frage man nicht. Zuweilen scheint es ohnehin vergebliche Liebesmüh zu sein, einen künstlerischen oder — überhaupt einen Maßstab an ein Werk anlegen zu wollen, das einen Abend lang treffliche Unterhaltung sein kann. Ob es Werte des Bleibenden in sich trägt — diese Frage zu stellen, entspringt nicht den Forderungen unserer Zeit.

Und die „Toni aus Wien“? Darüber werden spätere Tage den Stab brechen. Die Gestalt Theodor Körners, des Dichters der Freiheitskriege, ist als Person in einem Libretto erstanden, dem man die Bewunderung keineswegs versagen kann. Das Konfessionarium der Verfasser (es sind ihrer vier!) hat Bühnengeist und zugleich Ehrerbietung der Person Körners gegenüber bemessen. Die Charakterzeichnung des frühvollendeten hat trotz mancher bühnenwirksamen Gestaltung der Handlung nicht gelitten. Körner ist im Gedankengang der Handlung nicht zu der traurigen Rolle jenes Operettenhelden degradiert worden, der einen Abend lang die Gegenwart in vorzüglicher Weise unterhält.

Nur zu unterscheiden hiervon ist jedoch das musikalische Gewand dieses Bühnenwerkes. Man dürfte wohl kaum die

§ Der Überfall — mit der Taschenlampe. Ein geradezu unerhörter Vorfall ereignete sich kürzlich in der Wohnung eines hiesigen Hausbesizers. Dort klingelte ein schmachtiger Mann im Alter von etwa 20 Jahren. Als ihm die Frau des Hauses öffnete, hielt ihr der Fremde eine Pistole entgegen und forderte die Herausgabe des Geldes. Die Frau sank infolge des Schrecks ohnmächtig zusammen. Im gleichen Augenblick erschien der Wohnungsinhaber, der seine Frau auf dem Boden liegen sah. Er sprang erschrocken hinzu und bat den Fremden, mit ihm die Ohnmächtige ins Zimmer zu tragen. Der Bandit war hilfsbereit und man legte die Frau auf ein Sofa. Dann zog der Fremde wieder seine Pistole und forderte den Hausherrn auf, sein Geld herauszugeben, was schließlich auch geschah. Der benachrichtigte Polizei gelang es schnell, den Täter dingfest zu machen. Bei der Verhaftung behauptete der Einbrecher, keine Person mit einer Waffe angegriffen zu haben. Tatsächlich fand man zum größten Erstaunen statt einer Waffe eine harmlose Taschenlampe in Form eines Revolvers bei ihm vor.

§ Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts hatten sich am Sonnabend folgende Personen zu verantworten: Der 20-jährige Michael Wojnowski ist des Diebstahls angeklagt. Wojnowski, der sich wegen verschiedener Vergehen in der Besserungsanstalt in Schubin befand, gelang es, aus derselben zu entkommen. Seine Freiheit benutzte er dazu, im April dieses Jahres in Neudorf, Kreis Schubin, aus der Wohnung des Geistlichen Janiszewski eine Brieftasche mit 40 Zloty Inhalt, einen Browning mit 50 Patronen, eine Kinderpistole und 4 Pfund Zucker zu stehlen. Bei einer Schießübung mit dem gestohlenen Revolver im Walde nahm man W. fest. Vor Gericht ist er geständig und bittet um eine milde Strafe. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — Der Kaufmann Peter Warzocha aus Bromberg ist wegen Betrugs angeklagt. Warzocha kaufte im August dieses Jahres bei den Bromberger Firmen Tornow und Stepczynski, bei der ersten ein Herrenfahrrad, bei der zweiten ein Herren- und ein Damenfahrrad, im Gesamtwert von 895 Zloty. In beiden Geschäften leistete der Angeklagte eine Anzahlung und verkaufte die Räder, obwohl die genannten Firmen laut Verkaufsbedingung sich ihr Eigentumsrecht bis zur endgültigen Bezahlung vorbehalten hatten, anderweitig. In dem ersten Falle bekennt sich der Angeklagte zur Schuld, will jedoch bei der Firma Stepczynski die Räder im Auftrage des Zeugen Stauder gekauft haben. Stauder erklärt, vor Gericht vernommen, entschieden, dem W. nicht irgendwelchen Auftrag erteilt zu haben. Das Gericht verurteilte W. zu drei Monaten Gefängnis. — Der Kleinfuhrhändler Johann Schulz aus Bromberg ist wegen Hehlerei angeklagt. Schulz hatte im November 1929 von zwei jungen Leuten 200 Meter Kabeldraht und 52 Kg. Kupferplatten gekauft, die aus einem Diebstahl herrührten. Bei einer bei dem Angeklagten vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden die Sachen, in einer Kiste verpackt, unter Lumpen vorgefunden. Aus den Zeugenausagen geht hervor, daß Sch. nicht gewußt hat, woher die Sachen stammen. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

§ Eine kleine Extrafreude wurde am gestrigen Sonntag den Mittagsgästen der Volksküche zuteil. Außer der üblichen Ration von warmem Mittagessen nebst Brot kam an die Bezugsberechtigten noch ein großer Berg frischgebackener Schneckchen zur Verteilung. Spenderin war die Konditorei Grey aus der Danzigerstraße. Es war von der dufenden Backware so viel vorhanden, daß jeder einzelne der zahlreichen Gäste damit bedacht werden konnte. Ein freundlicher kleiner Sonnenblick im öden Grau des Tages, der von allen Besuchern als solcher gewiß angenehm empfunden worden ist. — Vivat sequens!

§ Zu einem Zusammenstoß kam es am Sonnabend auf dem Wollmarkt. Gegen einen Straßenbahnwagen raste dort ein herrenloser Einpänner. Bei dem Zusammenprall wurde die Deichsel des Wagens zertrümmert. Das Pferd raste dann nach der Schmedestraße zu. Der Führer des Straßenbahnwagens hatte, als er das Pferd mit dem Wagen herankommen sah, noch gebremst, um einen Zu-

tatsache anzweifeln, daß auf Schlager eingestellte musikalische Einlagen von Tangos, Postons und Fog mit der „historisch bleibenden“ Gestalt Körners in einen Konflikt des Zeitstils kommen müssen. Zu vereinbaren wäre dies nur dann, wenn die historische Gestalt in den neuzeitigen Begriff der Gegenwart übertragen worden wäre. Aber zugleich tritt eine andere Tatsache hervor, die zuweilen eine gewichtigere Sprache spricht als alle künstlerischen Stilforderungen solcher Art: Jede musikalische Darbietung dieses Singspiels ist ein Schlager von straffem Rhythmus, Schwung und Temperament, der ein Publikum mitzureißen vermag. Es gibt bei offener Bühne Wiederholungen, die einen festen Kontakt zwischen Darsteller und Zuschauer schaffen. Der Erfolg ist sicher, der Beifall überträgt sich von einem Bild auf das andere, von einer Szene auf die andere.

Eine Analyse der Partitur bekräftigt die Annahme, daß Ernst Czeffan, der diesem Bühnenspiel seine kompositorische Muse zur Verfügung stellte, ein geistreicher Epigone Wagnerischer Motiventwicklung ist. Die einschmeichelnde Tonfolge aus „Zwei Augen“ und „Mon Ami“ schlängelt sich durch die Szenen. Wenn in der Bühnensicht der musikalischen Einfälle im 3. Akt auch „Kühn's wilde Jagd“ als „neues Motiv“ hervortritt, dann darf man die Verantwortung für eine fühlige Verwertung dem Komponisten anheimstellen. Seine musikalischen Einfälle letzteren Grades sind originell, haben Feuer und wirken nahezu zündend.

Die „Toni aus Wien“ ist dank der Bemühung der Bühnenspielleitung in verhältnismäßig kurzer Zeit nach Bromberg gekommen. Sie erblickte vor nicht allzulanger Zeit zum ersten Male im Berliner Metropoltheater das Rampenlicht der Bühne. Dr. Titz hat als Spielleiter des Abends alle ihm zu Gebote stehenden Mittel auszuwerten verstanden und hat im Rahmen des Möglichen das Singspiel in Szene gesetzt. Die geschaffenen Bühnenbilder und Szenen müssen vollste Anerkennung finden. Einen interessanten gestalteten Anstalt bildet das erste Bild „im Gasthaus zur Post in Leipzig“. Raum und Handlung haben hier nach bewährten Vorbildern eine gute Lösung gefunden. Die drei weiteren Bühnenbilder bekräftigen den gewonnenen Eindruck.

Der Eifer und der Wille, mit welchen sich die Mitwirkenden der Aufgabe dieses Singspiels unterzogen, standen von vornherein als Überwinder der Materie fest. Grenzen des Erreichbaren gab es allerdings auch, sie zogen sich besonders dort enger, wo die Musik zum organisch mit der Handlung verbundenen Faktor werden muß. Es zeugt aber von einem erfreulich gesunden Theatergeist, der

FORMAN
GEGEN
SCHNUPFEN
DESINFIZIERT NASE UND RACHEN
VERHÜTET ANSTECKUNG



jammenstoß zu verhindern, was jedoch nicht mehr gelang. Glücklicherweise kamen Personen nicht zu Schaden.

§ Vorsicht vor Taschendieben! Während des letzten Sonnabend-Bochenmarktes durchschritt ein leider unerkannt entkommener Täter einer Dame die Halfterriemen ihrer Handtasche und verschwand mit der Tasche im Gedränge. Wieder eine Mahnung, während der Märkte die größte Vorsicht walten zu lassen, da gerade dort die Handtaschenmarder eifrig bei der Arbeit sind.

□ Erone (Koronowo), 1. November. Durch Feuer vernichtet wurde die Scheune des Besitzers Helmin in Buchkowo. Es liegt Brandstiftung vor. Der Schaden ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt. — Kürzlich wurden dem Gutbesitzer Złotke in Bionkowo und dem Gutbesitzer Złotke in Bederhof aus den Wäldern mehrere Fuhren Kartoffeln gestohlen. Von den Dieben fehlt jede Spur.

□ Ratel (Ratko), 1. November. Vorsicht vor Taschendieben! Auf dem letzten Jahrmarkt in Ratel wurde dem Besitzer Wilhelm Geste III aus Debenke die Brieftasche mit 180 Zloty aus der Tasche gestohlen.

z. Pafosch, 1. November. Ein neues Fahrrad hatte der Landwirt Batkowski aus Janowo auf dem Hofe des Mietschens Gasthauses untergestellt, um dann seine Besorgungen zu erledigen. Nach Rückkehr auf den Hof war das Rad verschwunden.

§ Posen (Poznań), 1. November. Bereits in deutscher Zeit beschäftigte man sich mit dem Gedanken der Errichtung einer Markthalle, dessen Ausführung jedoch an den großen Kosten scheiterte. Neuerdings hat der Plan jedoch greifbare Gestalt gewonnen, indem der Magistrat beschlossen hat, die ungefähr 100 Meter lange und etwa 40 Meter breite Halle der Schwerindustrie der früheren Landesausstellung ohne große Unkosten als Markthalle für die ehemaligen Vororte St. Lazarus, Wilda und Persch einzurichten und am 2. Dezember zur Benutzung freizugeben. Die bisherigen Wochenmärkte der genannten Vororte werden eingezoogen. Bestehen bleiben außer der Markthalle die Wochenmärkte auf dem Sapiechaplaz, dem Alten Markt, auf der Schrodka und in Glowno. Die Eröffnung der Markthalle, die Schutz gegen die Witterungsunbilden gewährt, wird zweifellos von den Händlern sympathisch unter der Voraussetzung begrüßt werden, daß die Standgelber sich nicht etwa den untragbaren Mieten in den Magistrats-häusern angleichen, sondern in angemessenen Grenzen bleiben. Wenig angenehm wird die neue Markthalle auf die Geschäfte in der Umgebung der bisherigen Wochenmärkte wirken, die durch deren Aufhören empfindliche Geschäfts-schädigungen zu erwarten haben. Am besten kommt der Magistrat bei der Sache weg, der endlich ein Ausstellungsgebäude, die mit so schweren Unkosten errichtet worden sind, verbenden Zwecken zugeführt hat.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heple; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Praggoldt. Druck und Verlag von A. Dittmann, L. a. o., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 253

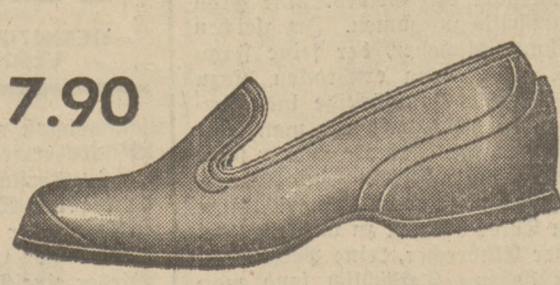
Heute: „Illustrierte Weltchau“ Nr. 44.

unserer Bühne beherrscht, wenn der stimmliche und musikalische Zellbetrug eines großen Teiles der Mitwirkenden durch ein schauspielerisches Können ausgeglichen wird.

Frl. Chorobiewski als Toni Abamberger und Alex Czajkowski als Körner hatten eine nicht geringe Arbeit zu bewältigen. Tonlich bestimmter war Frl. Chorobiewski, die einige vorzügliche musikalische Momente mit starkem Beifall des Saales für sich buchen konnte. Sie hatte in mancher gut angelegten Phrase des öfteren leider einen nicht leichten Stand gegenüber dem etwas dick aufgetragenen Orchesterpart. Auch der sympathische Tenor Czajkowski befand sich trotz größeren Stimmvolumens häufig in der gleichen Lage, er hatte trotzdem besonders im 2. Akt in dem warm strömenden „Zwei Augen“ einen ungeteilten Erfolg auf seiner Seite. Es möge nicht als kritische Schärfe gelten, wenn wir hier in wohlwollender Art zum Ausdruck bringen, daß die stimmlichen Qualitäten dieses Tenors einer weiteren gründlichen Arbeit in der Tongebung, Registerausgleich und rhythmischen Bestimmtheit durchaus wert sind. Hans Klemens war als Körners Leibfuchs Horatius Schmalze der „gute Geist“ des Singspiels; man muß seine Energie bewundern, mit der er es erreichte, in ein Rollengebiet der „opera buffa“ vorzustoßen, das sonst nicht von seiner Art ist. Es sei dem Bonvivant des Abends ein Bravo! zuzurufen. Frl. Anita Grabowski traf mit einer Betonung zur Natürlichkeit den Frauentyp der Marianne. In vorzüglicher Form fand sich Walther Schura in der Verkörperung des Hofhauspielers Koberwein. Seiner Mühe ist zudem die Einförmigkeit der gefanglichen Darbietungen der Mitwirkenden zu danken.

Gute Zeichnungen fand man in den Darstellungen der Damen Else Stenzel, Jutta v. Zawadzky, Eiselott Randerfki und Maria Labisch, und in den Verkörperungen der Herren Willi Damaskie, Dr. Titz, Curt v. Zawadzky, Herbert Samulowich und Artur Sonnenberg. Die Tänze hatte Frl. Erika Rod einstudiert. Gewisse Unebenheiten der Ausführenden dürfen nicht überaus schwer in die Waagschale gelegt werden, wesentlich ist die Frage des Stils — aber da müssen wir auf die am Anfang erwähnte Verantwortung des Komponisten dieses Singspiels hinweisen. Musikdirektor v. Winterfeld hatte die musikalische Leitung inne. Mit den von ihm vorgenommenen Streichungen konnte man durchaus konform gehen, alle angeflagten Temp waren lebendig und gut erfasst. Eine Zurückhaltung im Orchesterpart und eine mögliche Intonationsreinheit des Streichorchesters werden für die kommenden Aufführungen den Erfolg bekräftigen. A. S.

WIR ERMÄSSIGEN UNSERE GUMMISCHUHE *Kata*



Modell 2862-01
Warme Ganzgummi - Kindergaloschen mit
Sammt eingefasst. Verschluss durch Schnalle.

Modell 9817-61
Ganzgummi-Herengaloschen - schützen Ihre Ge-
sundheit und schonen Ihre Schuhe.

Modell 1865-01
Ganzgummi - Ueberschuhe in schwarz mit
Sammtkragen und Spangverschluss.

Modell 1885-05
Ganzgummi Ueberschuh in schwarz mit Gum-
mikragen und Spangverschluss.

Nur echt in dieser
Originalpackung.
Versiegelt und mit
Preisaufdruck.



Der hohe Wert des

Nachtigal-Kaffee

wird am besten erkannt, wenn anderer Kaffee
dagegen probiert wird. Der unparteiische
Vergleich zeigt, wie überragend gut der
NACHTIGAL-KAFFEE ist.

Über 1600 Geschäfte führen NACHTIGAL-KAFFEE.

Tagtäglich werden viele tausend Pfunde Nachtigal-Kaffee geröstet und verbraucht. Der treffendste Beweis für die Güte des Nachtigal-Kaffee!

Ich empfehle NACHTIGAL-KAFFEE

Nr. 24	das 125 gr Original-Paket	z. L. 1.10
Nr. 28	" 125 "	" 1.30
Nr. 32	" 125 "	" 1.45
Nr. 36	" 125 "	" 1.60
Nr. 40	" 125 "	" 1.80
Nr. 44	" 125 "	" 2.00

W. Kraffke,

Kolonialwaren, 9877
Chelmno, Marsz. Focha 39.

An- und Verkäufe

Bauerngut

von 250 Morg., in der Nähe v. Dobieżyca, zu
verkaufen. Invent. komplett. Günt. Zahlungs-
beding. Näh. Ausf. ert. Gerhard Staemmler,
Poniat, ul. Zwierzyniecka 13, 1 r. 9846

Zur Kapitalsanlage

haben wir im Gebiet der freien Stadt

Danzig anzubieten:

Geschäfts- u. Wohnhäuser,
Billen, Landwirtschaften
und sonstigen Grundbesitz.

Wir suchen ferner für sichere erstklassige
Beleihungen

Hypotheken-Kapital

zu zeitgemäßen Zinsen. Wir übernehmen

Häuser-Verwaltungen

zu kulantesten Bedingungen.

Hans Ballat & Co., Danzig.

Langgasse 42 - Tel. 222 07. 10127

2 Kaltblut-Fohlen

27-jährig.

30-40 Pfüschweine

ca. 40-60 Pfd. schwer, gibt ab

Gräfl. Rentamt Sartowice,

powiat Swiecie. 10118

2 braune Pferde

neunjährig, gesund u.

in gutem Futterzust.

Stehen preiswert zum

Verkauf

Diels, Ranałowa 2.

Kaufe

Stammvullen

(Serbisch) mit nach-

weis. gut. Nachzucht.

Maizn. 10118

Slach. Nowocierew,

pow. Chojnice.

Zucht-Eber

und Sauen,

Edelschwein aus gesun-

dem Stall, verkauft zu

zeitgem. Preisen.

G. Goerh, Niem.

Stwino, p. Sartowice.

Gänsefedern

mit Daunen.

8 z. pro Pfd., verkauft

Frau Frieda Orlovius,

Gubin, p. Rogozno.

10082 wies (Grudziadz).

Einladung

zur Herbst- Generalversammlung

des Bankvereins Sepólno

BankSpółdzielczy z nieogr. odpow.

Sepólno

auf Donnerstag, d. 12. November 1931,

nachm. 3 Uhr, im Vereinslokal Bonin.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über den bisherigen

Geschäftsgang.

2. Wahl von 3 Aufsichtsratsmitgliedern.

3. Wahl einer Kommission zur Einschätzung der

Kreditfähigkeit von Aufsichtsrat u. Vorstand.

4. Geschäftliches. 10122

Rufwagen

billig zu ver-

kaufen. Zu erfragen

2223 Pomorska 46, 1 r.

Möbl. Zimmer

Al. möbl. Vorderzimm. 3.

vm. Sowinski 1010, 10.6

4389

Wohnungen

Fleischerei i. Bydgoszcz,

mit Wohnz., Werkstatte

u. Einrichtg., Stallung

u. Nebenzimm., einzig

zu verpachten. Off. unt.

Nr. 4388 a. d. Geschäftsst. d. 3. 10132

Die Zeitung

Nach Gottes unerforlichem Ratschluss verschied heute
früh 5 Uhr unser lieber Vater, Großvater, Schwieger-
vater und Onkel, der frühere

Besitzer

4391

Friedrich Franz

im fast vollendeten 78. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Otto Franz und Frau nebst Kindern.

Strzelce-Dolne, den 31. Oktober 1931.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 5. d. Mts.,
mittags 1/2 1 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Nachruf.

Am 31. d. Mts. verschied im Alter von 78 Jahren
unser

Ehrenmitglied Herr

4392

Friedrich Franz

aus Nieder-Strelitz.

Als Mitbegründer unseres Vereins hat er in
39-jähriger Zugehörigkeit zum Verein mit vorbild-
licher Treue sich der Berufsorganisation gewidmet,
welches ihm ein ehrendes Gedenken bei uns allen
weit über das Grab hinaus sichert.

Ehre seinem Andenken!

Jordon, den 31. Oktober 1931.

Bauern-Verein Jordon
und Umgegend.

Viehl, Vorsitzender.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, mittags
1/2 1 Uhr, vom Trauerhause aus statt.
Pöhlzähliges Erscheinen der Mitglieder zum Ehren-
geleit ist Pflicht.

Lampenschirmkarton

zum Anfertigen von

Lampenschirmen

9862

A. Dittmann T. z. o. p.

Tel. 61. Bydgoszcz. Marsz. Focha 6

Obstbäume

in allen Sorten und Formen
sowie sämml. andere Herbst-
pflanzmaterial empfiehlt zu
äußerst günstigen Preisen

Robert Böhme

G. m. b. H.

Bydgoszcz, Jagiellońska 16

Telefon Nr. 42. 9742

Rettung für Hautkranke!

Hautcreme „Heilwunder“ Danziger Patent Nr. 1919. Einzig-
artiges Kosmetikum zur Pflege der Haut, hilft vermöge seiner
Eigenschaften selbst in verzweifeltsten Fällen bei sämtlichen
Flechten, auch Bartflechte, offenen Beinschäden,
Ekzeme, Pickel, Ausschläge aller Art, Gesicht- und
Nasenröte, Frostschäden usw.

Glänzende Anerkennungen. Bei Nichterfolg Geld zurück!

Preis 8.60 zL. Versand per Nachnahme, bei Voreinsendung

des Betrages portofrei. Bei Bestellung Zweckangabe erbeten.

Chem. Kosm. Laboratorium „Klossin“ 10075

Danzig - (G d a n s k), Hundegasse 43.

„Ja, militär., zuverf.“

Raufmann

der Eisenbranche,

flotter Expedient, der

poln. u. deutsch, Sprache

u. Schrift mächtig, mit

flankt, Handelsreis.

Sucht Stelle

evtl. mit Ration (Ort

gleichgültig). 10094

S. Dietrich, Chojnice,

(Pom.), ul. Druga 15.

Müllergeselle

26 Jahre, evgl., sucht

Stellung, vertraut mit

sämtl. Arbeiten. Off. an

E. Alphon, Kamierowo

pošta Starogiew, 1266

pow. Roscierzyna.

Bädergehilfe

der m. Doppel-Dampf-

ofen bewandert ist und

selbständig arbeitet, sich

noch vervollkommen

möchte, sucht v. sofort

oder später Stellung.

Offert. unt. J. 9974 an

d. Geschäftsst. d. 3. a. erb.

Evgl. Kleinlandwirts-

sohn, der die Landwirt-

schaftliche Viehzucht-

Schule absolviert hat

und ländl. Brax. beist.

Sucht Stelle als 10039

Schweizer.

Offerten an

Ottomar Mantaj,

Drzonowo, p. Dubielno

1010 Chelmno.

Suche für meine Nichte

(Bollwaise) eine Stelle

als Haushälterin

mit Familienanschluss.

Rochentn. vorhand.

Frbl. Ang. unt. J. 10093

an d. Geschäftsst. d. 3. a. erb.

Evangel. Mädchen

Sucht sofort Stellg. als

Mädchen i. Altes.

Frbl. Ang. u. A. 10010

a. d. Geschäftsst. d. 3. a. erb.

Stellengefuche

Wirtschafts-

beamter

m. 12-j. Praxis, vertraut

m. a. Zweig. d. Landw.,

d. Poln. in Wort u. Schr.

vollst. mächtig, prima

Zeugn. und Referenzen

Sucht Stellg. a. 1. 1. 32

wo Verheirat. möglich.

Gefl. Angebote bitte an

J. Bittner. 10091

Kuozkow, pow. Pleszew.

Erfahrener, lediger

Sozialbeamter

mit Viehzucht gut ver-

traut, ebenso bewand.

im Rechnungswes. Sucht

anderr. Stellg. v. bald

od. spät. Ang. u. d. 4390

a. d. Geschäftsst. d. 3. a. erb.

Suche von sofort An-

stellung als

Geschäftsreisender,

Kolporteur od. Ber-

treter v. einer Firma.

Gefl. Angeb. an 10066

St. auch, Rudziszewo,

Roszczyn 1.

powiat Swiecie.

Möbelstoffe

Plüsch

Gobelins

Matratzendelle

modernste Muster bei

größter Auswahl, kauft

man nur im 10076

Spezialhaus

Eryk Dietrich

Gdańska 78/130.

Telefon 782.

Geldmarkt

Hypothek

ca. 30000 zL. od. Gegen-

wert auf Mietshaus in

best. Lage zur 1. Stelle

gekauft. Off. u. Nr. 4385

a. d. Geschäftsst. d. 3. a. erb.

9703.

Bommerellen.

2. November.

Graudenz (Grudziadz).
Stadtverordneten-Sigung.

In der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten verpflichtete Stadtpräsident Wlodk die neuen Stadtväter Kellas und Gorksi. Hieran schloß sich die Vereidigung des neuen Stadtrats, Rechtsanwalts Marjaalik (Christliche Demokratie), durch das Stadtoberhaupt. Herr Marjaalik ist der einzige der 1. St. neugewählten vier Stadträte, der die Bestätigung erhalten hat.

Sodann trat das Kollegium an die Wahl von drei Stadträten an Stelle der drei nicht bestätigten Magistratsmitglieder heran. Als erster der neuen drei Stadträte wurde mit 21 von 40 Stimmen Stadtv. Rechtsanwalt Sokolnicki (Nationaldemokratie) gewählt; der Kandidat der Deutschen Fraktion, Stadtv. Fabrikbesitzer Duday, erhielt nur die Stimmen der deutschen Stadtverordneten, und der Sozialist Dulski die sechs sozialistischen Stimmen. Beim weiteren Wahlgange erfolgte die Wahl des Stadtv. Rechtsanwalts Sieski (Mittelstandspartei) mit 28 Stimmen. Wiederrum fielen auf die Stadtv. Duday und Dulski je 6 Stimmen. Als dritten Stadtrat wählte das Kollegium den Stadtv. Kwasniewski, und zwar in der Stichwahl mit dem Stadtv. Murawski (dem früheren Stadtrat) mit 23 gegen 18 Stimmen. Stadtv. Duday hatte im ersten Wahlgange sieben Stimmen erhalten. In der Stichwahl stimmten die Deutschen für den Stadtv. Kwasniewski. Auch bei dieser Stadträtewahl, bei der die Deutschen freilich keine Kompromißverhandlungen geführt hatten, ist die Deutsche Fraktion erneut leer ausgegangen. Die politischen Parteien verwehren ihr somit nach wie vor den ihr gerechteste zuzehenden Eintritt in den Magistrat. Selbst die Sozialisten, die ja manchmal für die Berechtigungen der Minderheiten eintreten — freilich nur in der Theorie — verlagen in der Wirklichkeit. Angesichts dieses Wahlergebnisses hatte die Deutsche Fraktion an den weiteren Verhandlungen des Kollegiums kein Interesse mehr und verließ die Sitzung.

Weiter erfolgte die Wahl von zwei Mitgliedern des Rates der Kommunalparafie in den Personen der Stadtv. Degorski und Stankowski, und von fünf Mitgliedern des Stadtschulrats. Ohne Änderung wurde das Statut des Siechenheims beschlossen, ebenso der Magistratsantrag auf Austausch von Grund und Boden mit der Firma Kutowski, den die Stadt zur Verlängerung der Gartenstraße (Ogródowa) gebraucht.

Für das Etatsjahr 1932/33 wurden die kommunal-ausfällige zu den staatlichen Steuern in folgender Höhe festgesetzt: Zuschlag zu den Gebühren von den Akzisenpatenten 80 Prozent, zu der Gewerbesteuer 25 Proz., zu den Industrie- und Handelspatenten 15 Proz., zu der staatlichen Einkommensteuer 4—5 Proz. bzw. 3 Proz. bei Gebäuden, zu der staatlichen Steuer von den Grundstücken, wie bisher, 32,5 Prozent. Annahme fand der Magistratsantrag, für das Elektrizitätswerk eine Anleihe von 350 000 Zloty aufzunehmen.

Gegen Schluß der Sitzung kam noch die Angelegenheit der Arbeitslosenhilfe zur Beratung. Die Arbeitslosen haben eine Reihe von Forderungen zur Besserung ihrer Lage erhoben. Stadtpräsident Wlodk erklärt, daß die Stadt alles, was in ihren Kräften stehe, für die Arbeitslosen tue. Sämtliche Überschüsse in Höhe von 150 000 Zl. habe die Stadt für diesen Zweck, der die Gemeinde monatlich 100 000 Zloty koste, verwendet. Hierzu schicke die Wohlfahrtskommission monatlich 50 000 Zloty zu. Der Stadtpräsident wandte sich in energischen Worten dagegen, daß das Arbeitslosenkomitee sich sozusagen jede Woche an das Kollegium wende und behaupte, daß der Magistrat den Arbeitslosen gegenüber nicht seine Pflicht tue. Nach langer Debatte wurden die Begehren und Beschwerden der Arbeitslosen der Fürsorgekommission überwiesen, mit der Maßgabe, daß die Kommission die Sache im Laufe von acht Tagen erledigt.

× **Strassenunfall.** Freitag nachmittag geriet nahe am diesseitigen Eisenbahnbrückenkopf der vierjährige Knabe Edward Galecki unter ein dort passierendes Fuhrwerk. Dabei erlitt das Kind eine zum Glück leichtere Verletzung am Kopf, die aber ärztliche Behandlung erforderte.

× **Nichtigstellung.** In dem in Nr. 252 der „Deutschen Rundschau“ enthaltenen Bericht über die außerordentliche Hauptversammlung des Schutzverbandes selbständiger Kaufleute muß es an Stelle des im Passus von den Wahlen zweimal genannten Namens Frau Busch — Frau Busse heißen.

t. **Wochenmarktbericht.** Den Sonnabend-Wochenmarkt leitete am frühen Morgen ein ungewöhnlich starker Schneefall ein, der etwa anderthalb Stunden währte. Das hielt die Landleute aber nicht ab, in starker Anzahl zum Markte zu kommen. Butter kaufte man für 1,60—1,80, Eier 2,30—2,40, Birnen 0,25—0,40, Apfel 0,20—0,50, Weintrauben 1,00, Tomaten 0,25—0,30, Weißkohl 2,00 der Zentner, das Pfund 0,04, Rotkohl 0,08—0,10, Rosenkohl 0,25—0,30, Grünkohl 0,15, Blumenkohl 0,20—0,50, Spinat 0,30, Kohlrabi 0,10, Radieschen 0,10, rote Rüben 0,10, Mohrrüben 0,10, weiße Bohnen 0,30—0,35, Erbsen 0,30, Kartoffeln der Zentner 3,00—3,50, Pfund 0,04. Der Fischmarkt brachte Schlei für 1,80—2,00, Hechte 1,40, große Breiten 1,20—1,30, Barsche 1,00, Weißfische 0,80—0,90, Flundern 0,70; grüne Heringe, welche schon eingetroffen sind, kosteten 0,60—0,70. Geflügel konnte man wieder sehr billig erstehen. Das Pfund Gans zu 0,70 bis 0,90, gegen Mittag vereinzelt sogar für 0,50, Enten Stück 2,50—4,50, Puten von 7—8 Pfund für 5,00—5,50, Tauben das Paar 1,50—1,80, alte Hühner 3,00—3,50, junge Hühner 1,50 bis 2,50 das Stück. Die ersten zu Markte gebrachten Hasen kosteten 5,00—5,50. Sonst wurden noch viel Blumen und Grabschmuck gekauft zu erschwinglichen, billigen Preisen in großer Auswahl.

× **Eindrehen** drangen in der Nacht zum Sonnabend in das in der Pohlmannstraße (Mickiewiczza) 21 belegene Zigarrengeschäft von Roman Lykowski. Gestohlen wurden Zigarren und Zigaretten im Werte von ungefähr 700 Zlotn. Den Tätern ist die Polizei bereits auf den Fersen.

Thorn (Toruń).

Zu dem schrecklichen Straßenunglück.

das sich Freitag mittag auf der Culmer Chaussee (Szoja Chelminska) ereignete und über das wir bereits in unserer Sonntagsnummer berichteten, erfahren wir heute noch folgende Einzelheiten:

Im Hause Culmer Chaussee 50 wohnt der bei der Firma Bracia Pichert beschäftigte Arbeiter Anton Podlas mit seiner Familie: Ehefrau, drei Töchtern von 17, 14 und 8 Jahren und dem 5 Jahre alten Söhnchen Henryk. Die beiden älteren Töchter haben bereits Arbeitsstellen, die jüngste besucht die Schule. Als nun Frau P. am Freitag wie immer ihrem Manne das Mittagessen brachte, blieb der kleine Henryk allein zurück. Er spielte mit einem etwa gleichaltrigen Jungen auf der Straße und als hier ein Rollwagen der Firma Hinz passierte, hängten sich beide Knaben hinten an und ließen ein Stück mit. Aus der entgegengekehrten Richtung näherte sich jetzt ein Straßenbahnwagen. Als er mit dem Rollwagen fast auf einer Höhe war, ließen beide Knaben plötzlich los und rannten nach rechts und links davon. Der kleine P. lief über die Schienen, verfehlte die Bordwand des Bürgersteiges und stürzte hin und in diesem Augenblick fuhr der schwere Straßenbahnwagen auf ihn hinauf. Der ganze Vorfall spielte sich in Sekunden-schnelle ab, trotzdem hatte der Wagenführer aber noch die Bremsen so scharf angezogen, als er das Unglück kommen sah, daß die Fahrgäste durcheinanderfielen. Sein Bemühen war aber umsonst: das Kind lag bereits unter dem schweren Fahrzeug, die Räder hatten den kleinen Körper schrecklich zerquetscht.

Das Sanitätsauto war schnell zur Stelle, es konnte aber niemand helfend eingreifen, bevor der Straßenbahnwagen nicht aus den Schienen gehoben war. Jetzt war auch die unglückliche Mutter zurückgekehrt, die ihren einzigen Jungen tot auf der Straße liegen sehen mußte. Der hinzugezogene Arzt Dr. Skowronski stellte fest, daß der Tod durch Schädelbruch eingetreten sei und zwar in dem Augenblick, als der Knabe hinstürzte und mit dem Kopf auf die Bordwand schlug.

Die Leiche und der Straßenbahnwagen mußten bis zum Eintreffen der gerichts-ärztlichen Kommission an Ort und Stelle bleiben; es hatte sich hier ein riesiger Menschenauflauf gebildet, da sich die Kunde von dem Unfall auf der dicht bevölkerten Vorstadt mit Windeseile herumgesprochen hatte.

v **Von der Weichsel.** Die Hochwasserwelle hat in den letzten 24 Stunden einen Zuwachs von 4 Zentimetern zu verzeichnen gehabt. Der Thorne Pegel zeigte Sonnabend früh einen Stand von 1,42 Meter über Normal an. Das bis zum Mittwoch erwartete Hochwasser dürfte einen Wasserstand von ca. 3,50 Meter herbeiführen.

* **Prinz Oskar von Preußen** passierte auf der Fahrt von Berlin nach Ostpreußen Sonnabend nachmittag mit dem fahrplanmäßigen Transit-D-Zug Thorn.

* **Achtung Hausbesitzer!** Alle Hausbesitzer bzw. die zur Führung der Hausinspektionen verantwortlichen Personen seien besonders darauf aufmerksam gemacht, daß bei An- und Abmeldungen polnischer Staatsbürger ein einziges Meldeformular genügt. Für Ausländer und ebenso Staatenlose müssen An- und Abmeldeformulare in doppelter Ausfertigung vorhanden sein.

* **Die Feuerwehr** wurde Freitagabend kurz nach 19 Uhr nach dem Hause des „Dzień Pomorski“, Ecke Breite- und Brückenstraße (ul. Szeroka und Mostowa) gerufen. Im Kellergehoß war durch einen schadhaften Schornstein ein Vallen in etwa 30 Zentimeter Länge in Brand geraten. Zwei Feuerwehrleute konnten die Flammen mit einem Sandlöschapparat schnell erlöchen und jede weitere Gefahr unterbinden.

* **Strassenunfall.** Auf der Lebitzcher Chaussee (Szoja Lubicka) stießen Freitag mittag der Geschäftsführer der Baconfirma Poels & Co., Walter Kaufmann, der sein Motorrad fuhr, und die radfahrende Jda Janz aus Grabowiz (Grabowiec) hiesigen Kreises zusammen. Beide erlitten leichte Verletzungen, während die Räder beschädigt wurden. Die Schuldfrage wird durch die Polizei geklärt.

v **Autodroßke auf dem Bürgersteig.** Freitag nachmittag gegen 2,30 Uhr ereignete sich auf der Neustadt ein eigenartiger Verkehrsunfall, der leicht schlimme Folgen hätte haben können. Die von dem Neustädtischen Markt (Nowy Rynek) kommende Autodroßke Nr. 10 fuhr aus bisher unbekannter Ursache in der Elisabethstraße (Król. Jadwigi) plötzlich auf den Bürgersteig und kam erst an der Hausmauer der Löwenapotheke zum Stehen. Da die gefährdeten Straßenpassanten noch rechtzeitig zur Seite springen konnten, sind glücklicherweise Personen bei diesem Unfall nicht zu Schaden gekommen. Das Auto kam mit unerheblichen Beschädigungen davon und konnte seine Fahrt fortsetzen. Eine polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

v **Sturz in einen Kessel mit siedendem Wasser.** Am Freitag ereignete sich in der in der Graudenzstraße (Grudziadzka) 124 belegenen Fabrik „Standard“ ein bedauerlicher Unglücksfall, dem der dort beschäftigte Maler Kazimierz Boniewicz, wohnhaft Konduttir. 37, zum Opfer fiel. B. stürzte aus Unvorsichtigkeit in einen Kessel mit siedendem Wasser und erlitt schwere Verbrühungen. Der Verunglückte wurde von der benachrichtigten Rettungsberettigung nach dem Stadtkrankenhaus gebracht.

* **Auf freier Tat ertappt.** Sonnabend nachmittag gegen 5½ Uhr herrschte im Laden des Fleischermeisters Lipinski in der Culmerstraße (ul. Chelminska) 5 lebhafter Publikumsandrang. Diesen Umstand machte sich ein verwegener aussehender, etwa 19 Jahre alter Bursche zunutze, indem er sich an eine Dame herandrängte und ihr aus dem Handtaschen einen 50-Zlotyschein herauszog. Den Schein ließ er sogleich in der eigenen Tasche verschwinden und, nachdem er sich nochmals im Laden umgesehen hatte, trat er die Straße hinaus. Hier wurde er aber sogleich von zwei Herren angehalten, die den Vorfall durch das Schaufenster beobachtet hatten. Sie „empingen“ den Taschendieb nicht gerade zärtlich und hielten dann einen Schutzmännchen herbei. Da der Dieb diesem tätlichen Widerstand entgegensetzte, mußte noch ein zweiter

Bei Verdauungsstörungen, Magenweh, Sodbrennen, Übelkeiten, Kopfschmerzen, Nervenreizungen, bewirkt das natürliche „Franz-Josef“-Bitterwasser offenen Leib und erleichtert den Blutkreislauf. In Apotheken und Drogerien erhältlich. (8097)

Beamter eingreifen, damit er zur Wache gebracht werden konnte. Die Dame war natürlich glücklich, daß sie vor einem so empfindlichen Verlust bewahrt wurde, und der Vorfall wird sie und ihre Geschlechtsgenossinnen hoffentlich belehren, daß man sich heutzutage im Menschengewühl nicht so arglos bewegen darf.

Bereine, Veranstaltungen ic.

Morgen, Dienstag, Wursteßen im Deutschen Heim.

(10070)

m **Dirschau (Tczew), 1. November.** Ein Unglücksfall ereignete sich auf dem benachbarten Gute Al. Gare. Beim Transport von Dampfplügen löste sich plötzlich das Steuer und traf mit voller Wucht die Hand des Maschinisten Dettlaf, der einen Knochenbruch erlitt. — Bis Sonnabend, 7. November, ist des Nachts die Neustadt-Apothek an der Danzigerstraße geöffnet.

d **Gdingen (Gdynia), 1. November.** Einem tragischen Unglücksfall zum Opfer fiel auf der Chaussee Gdingen — Zoppot der 56jährige Josef Hongo aus Zoppot, als er mit dem Fuhrwerk nach Holz in den Wald fuhr. Er fiel auf unerklärliche Weise vom Wagen und schlug mit dem Kopfe so heftig gegen einen Stein, daß der Tod auf der Stelle eintrat. — Die Zahl der Diebstähle mehrt sich von Tag zu Tag. So stahlen unbekannte Diebe aus der Wohnung der Witwe Karpinski in der Danzigerstraße eine größere Anzahl Wäschstücke und Hausgeräte im Werte von 1000 Zloty. — In der Alt-Dorfstraße stahlen unbekannte Täter ein neues Fahrrad und andere Gegenstände im Werte von 600 Zloty zum Schaden von Paul Neumann. — In Grabowiz wurden dem Landwirt Czapp verschiedene Kleidungsstücke im Werte von 800 Zloty gestohlen. — Vom Zuge überfahren wurde gestern die 40jährige Helene Mamczarski aus der Danzigerstraße. Sie wollte mit ihrer Tochter den Bahndamm überqueren, als sie vom Zuge erfasst und auf der Stelle getötet wurde. Der Tochter gelang es, den Schienenstrang rechtzeitig zu verlassen. — Beim Bau eines Magazins verunglückte der Arbeiter der Firma „Fri“ Konrad Ciecielski. Er fiel von einem Gerüst herunter, wobei er sich den rechten Fuß brach und schwere innere Verletzungen davontrug.

* **Löban (Lubawa), 31. Oktober.** Ein Schadenfeuer wütete in Garlinel hiesigen Kreises und legte eine mit etwa 150 Zentnern Getreide, Futtermitteln und verschiedenen landwirtschaftlichen Maschinen gefüllte Scheune nieder. Der Gesamtschaden beträgt 40 000 Zloty, die Versicherungssumme 33 500 Zloty.

a **Schweh (Swiecie), 31. Oktober.** Da heute sehr schlechtes Wetter eingesetzt hatte, war die Belieferung und der Verkehr auf dem Wochenmarkt nicht groß. Es wurden folgende Preise notiert: Butter 1,80—2,00, Eier 2,20—2,30, Tilster Käse 1,80—2,00, Kocherbsen 0,30, Zwiebeln 0,25—0,30, Rotkohl 0,15, Weißkohl 0,05, Rosenkohl 0,20, weiße Bohnen 0,30, Mohrrüben 0,05, Apfel 0,10—0,40, Birnen 0,30—0,40 das Pfund. Kartoffeln wurden mit 2,00 der Zentner angeboten. Auf dem Geflügelmarkt verlangte man für

Thorn.

Todes-Anzeigen

auf Bogen und Karten in den verschiedensten Ausführungen liefert sofort am Tage der Bestellung

Justus Wallis

Papierhandlung

Toruń, Szeroka 34.

Hebamme.

Damen sind, liebevolle Aufnahme, diskrete Beratung, Friedrich, Toruń, Sw. Jakoba 13. 7808

„Montblanc“ Goldfüllhalter

Der Qualitäts-Füllhalter mit 14-kar. Goldfeder in allen Spitzenbreiten zu haben bei

Justus Wallis, Papierhandlung, Bürobedarf, Toruń. Reparaturen sämtlich. Goldfüllhalter-Systeme werden schnellstens ausgeführt. 10073

Der Deutsche Frauenverein L. J., Toruń

veranstaltet am Sonntag, dem 8. November 1931 4 Uhr nachm. ein

Wohltätigkeitsfest

zum Besten der Armen und Arbeitslosen in den Räumen des Deutschen Heims unter gütiger Mitwirkung: der Männergesangsvereine „Liedertafel“ und „Liederkreis“, der Orchester-Abteilung des Deutschen Heims, der Tänzerin Fräulein Anita Grabowiz aus Bydgoszcz. Kaiserle-Theater mit lebenden Figuren. Verlosungen — Schiebude Erfrischungen aller Art. Eintritt für Erwachsene 2 Zl., für Kinder 1 Zl. Milde Gaben, Lebensmittel usw. bitten wir am Sonntag, dem 8. Novbr. 1931, vormittags, im Deutschen Heim abgeben zu wollen. Der Vorstand. 10073

Graudenz.

Ministeriell konzessionierte

Zuschneidefurse

für Damen- und Kindergarderobe, Schnittzeichnen und Modellieren — Lehrgang mit Modell — mit minister. anerkanntem Abschlußzeugnis. Anmeldungen bei

Frau Janina Wozniakowa, Grudziadz, Żukowska Grobla 16.

Aufnahmen

nach außerhalb und Vergrößerungen vom kleinsten u. ältesten Bilde gut und billig Hans Dessonneck, Photograph 1015 Józ. Wybickiego 9.

lebende Gänse 8—9,00, für lebende Enten 5—5,50 pro Stück, für geschlachtete Enten 4—4,50, Suppenhühner 3—4,50, junge Hühner 1,80—3,50 pro Stück, junge Tauben 1,80—2,00 pro Paar. An den Fleischständen wurden notiert: Schweinefleisch 1—1,20, Rindfleisch 0,90—1,20, Kalbfleisch 0,80—1,00, Hammelfleisch 1—1,30 das Pfund.

X Zempelburg (Sopólo), 1. November. Der letzte Wochenmarkt brachte anlässlich des bevorstehenden Allerheiligenfestes an den Ständen der Gärtnerei ein größeres Angebot von Kränzen und Tannengrün. Die Preise für Butter und Eier waren unverändert, erstere kostete 1,50—1,70, letztere 2,00 die Mandel. Die Mandel Weiskohl brachte 0,80—1,20, Grünkohl 0,20—0,30, Zwiebeln 7 Pfund 1,00, Rosenkohl 0,30—0,40, Rotkohl 0,20—0,30, Apfel 0,30—0,40, Birnen 0,25, rote Rüben 0,20 das Pfund, Weintrauben 0,50 bis 0,75 das Pfund, Wicken 0,10—0,20 das Stück, Gekartoffeln 1,60—1,80. Die Geflügelpreise waren wie folgt: Gänse 7—10,00, Enten 4—5,00, Hühner 2,50—3,50, Tauben 1,70 das Paar, Puten 5—8,00. Für Fische zahlte man: Hechte 1,00, Breiten 1,00, Karauschen (Kleine) 0,60, Schleie 1,20, kleine Bratfische 0,50—0,60. — Auf dem Schweinemarkt wurden Abzuckerer mit 20—25 Pfund das Paar gehandelt. Handel und Kaufkraft waren mäßig.

Winterhilfe vor fast 150 Jahren.

Mit ist ein altes, vergilbtes Buch in die Hände gekommen: „Verordnungen und Requisitionen der Volks-Repräsentanten und übrigen Kommissarien der französischen Republik nebst Rathschlüssen der Stadt Köln, wie diese vom 6. October (1794) als dem Tage der Einrichtung der französischen Nation nach der Ordnung durch den Druck und Trommelschlag sind bekannt gemacht worden.“ — Von den 130 Verordnungen enthält ein Aufruf von Bürgermeister und Rat an die Bürgerschaft so von Herzen kommende, kräftige Worte, daß wir sie heute unter anderen und doch ähnlichen Verhältnissen wie anno 1794 beherzigen und ihnen Folge leisten sollten.

Die Franzosen hatten durch die rücksichtslosen Requisitionen für ihr Heer einen so großen Kornmangel in der Stadt verursacht, daß sie schließlich zu rigorosen Bestimmungen über die Ablieferung von Reis und verschärften Ausmaß- und Bevorratungen ihre Zuflucht nahmen. Aber auch die konnten die Katastrophe nicht mehr aufhalten. Da entschlossen sich die Franzosen, Bürgermeister und Rat die Versorgung der Bürgerschaft mit Lebensmitteln zu überlassen. Ein eindeutiger Beweis für die Notlage ist die Tatsache, daß die Franzosen die vordem mit hoher Strafe bedrohten Samstagsfahrten ausdrücklich gestatteten. Bürgermeister und Rat sahen sich einer schier unlöslichen Aufgabe gegenüber. Man verzögerte aber nicht lange, sondern handelte. Schon zwei Tage darauf erließen folgender (leicht gekürzter) Aufruf, der „durch den Trommelschlag verkündigt und allenfalls gewöhnlichermaßen angeheftet“ wurde.

„Nicht ist wieder der traurige Zeitpunkt eingetroffen, wo Bürgermeister und Rat sich gezwungen sehen, die thätigste Beihilfe und Unterstützung sämtlicher hiesigen bemittelten so geist- als weltlichen Einwohner mehr als jemals aufzufordern, um hierdurch in Stand gesetzt zu werden, dem unvermögenden Mitbürger das tägliche Brod verschaffen zu können. Der bisherige Drang der Umstände, die daraus erfolgte gänzliche Erschöpfung der bürgerlichen Fruchtmagazine und städtischen Geldkassen haben schon wirklich die Verfügung notwendig gemacht, daß in die Zukunft beim Brod-Ausstoßen ein Unterschied zwischen dem bemittelten und unvermögenden Einwohner dergestalt gemacht werden muß, daß jedem Bemittelten aller Anspruch auf die von Obrigkeit wegen anzuschaffenden Früchten bis auf bessere Zeiten unterlag und demselben seine eigene Appropriation überlassen bleibt.

Diesem zufolge bleibt nur die unvermögende Menschenklasse übrig: für diese muß vorzüglich gesorgt werden, weil es unchristlich, ja unmenschlich wäre, wenn man den unvermögenden Bruder im Hunger und Elend darben ließ.

Bürgermeister und Rath rechnen es sich daher zur ersten Angelegenheit, zur Versorgung eines jeden unvermögenden Einwohners all möglichen Kräfte aufzubieten; weil indessen der zur solch einer Unternehmung unumgänglich nötige baare Geldfond gänzlich mancelt, so sind alle Mittel abgeschnitten, den vorgelegten heilsamen Zweck auch nur auf eine gar kurze Zeit zu erreichen, und Kölns Einwohner würden bald den schauerlichen Zeitpunkt zum erstenmal erleben, wo eine Hungersnoth überhand nehmen müßte.

Um diesem Elend vorzubeugen, haben Bürgermeister und Rath für gut befunden, einzig zur Erhaltung der Un-

vermögenden, und um dieselbe das tägliche Brod anschaffen zu können, einen Umgang bei alle hiesige bemittelte Einwohner zu veranstalten, und letztere im Namen der Menschheit auffordern zu lassen, entweder mit einem beliebigen Geschenke an Geld oder Früchten ungelohnt an die Hand zu gehen, oder ihre vorräthige Gelder in großen oder kleinen Summen mit oder ohne Zinsen gegen auszustellende städtische Obligationen ehehalbigst herzugeben.

Überflüssig würde es seyn, wenn man jemand an die erste Pflicht der menschlichen Gesellschaft, an die Liebe des Nächsten dahier erinnern, oder jemand aufmuntern wollte, in der gegenwärtigen Nothzeit ein Opfer zum besten seines Mitbürgers gern und gutwillig darzubringen, denn die Menschenliebe der hiesigen Stadtbewohner und der ihnen angehörne Gang zum Wohlthun ist aus der Erfahrung allzu bekannt, und deshalb rechnen Bürgermeister und Rath schon zum voraus fest darauf, daß jeder Bemittelte sich schon von selbst bestreben werde, ein seinen häuslichen Umständen angemessenes Darlehn oder Geschenk herzugeben, um seine übrige nothleidende Mitbürger der erschütterlichen Plage des Hungers zu entreißen.

Signatur Köln, den 7ten Jänner 1795.

J. J. Carbauns, Dr. Secret.

Kast anderthalb Jahrhunderte sind seit jenem Aufruf vergangen. Er ist damals nicht ungehört verhallt. Das Verantwortungsgefühl gegenüber den nothleidenden Mitbürgern ist auch heute vorhanden, und so ist damit zu rechnen, daß der Ruf unserer Tage: Gehet für die Winterhilfe! auch ein starkes Echo findet.

Gerhard Anner.

Deutsch-persischer Streitfall.

Für die Öffentlichkeit unerwartet ist es zu einer kritischen Zuspitzung der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Persien gekommen. Es handelt sich freilich um eine Angelegenheit, die schon seit längerer Zeit die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen getrübt hat, nämlich um eine gewisse Agitation, die auf deutschem Boden gegen das herrschende System in Persien und namentlich gegen die Person des Schahs Riza Khan getrieben wird. Dieser Agitation diente hauptsächlich eine in Berlin in persischer Sprache erscheinende Zeitschrift „Paikar“, die von einem persischen Studenten kommunistischer Richtung mit Namen Mortesa Alavi herausgegeben wird. Obwohl diese Zeitschrift in Deutschland keine nennenswerten Wirkungen ausüben kann, aber durch ihre Verbreitung im Ausland und durch ihre Aufsätze, in denen offen der Sturz des Schahs gefordert wird, der Persischen Regierung sehr unangenehm ist, hat sie schon des öftern die Reichsregierung um Maßnahmen gegen diese Zeitschrift gebeten. Es war jedoch infolge der Bedenken der Preussischen Regierung lange Zeit unmöglich, ein Verbot der Zeitschrift oder die Ausweisung Mortesa Alavis durchzusetzen.

Inzwischen beschritt die Persische Gesandtschaft in Berlin durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes den Weg, indem sie Strafantrag wegen Beleidigung stellte. Das Ergebnis steht noch aus. Als nun aber vor kurzem in einer Münchener Zeitschrift ebenfalls ein maßloser Angriff auf den Schah erschien, riß der Persischen Regierung offenbar die Geduld, und sie drohte der Deutschen Regierung mit dem Abbruch der Beziehungen. In den letzten Tagen ist es jedoch gelungen, die Wünsche der Persischen Regierung weitgehend zu befriedigen. Der persische Student ist ausgewiesen und seine Zeitschrift ist verboten worden. Die Zeitung der Münchener Zeitschrift hat ihr Bedauern über den bei ihr erschienenen Aufsatz gegen den Schah ausgesprochen. Damit dürfte die Streitfrage zwischen Riza Khan und dem Deutschen Reich begraben sein.

Kleine Rundschau.

Eine Königsbarke kentert.

Wie über Paris gemeldet wird, sind 11 Mitglieder der Königsfamilie von Indochina bei einer Fahrt mit der Königsbarke auf dem Mekong-Fluß verunglückt und ertrunken.

Der überfallene irische Offizier.

Der frühere irische Offizier und jetzige Kaufmann Francis Drake-Carnell, der gleich nach dem Fütterboger Attentat auf Grund der Aussagen des damals

noch nicht ermittelten Matuschka in einem Installationsgeschäft in der Berliner Friedrichstraße vorübergehend festgenommen worden war, erschien am Sonnabend abend auf einem Polizeirevier in Rowaues und teilte mit, daß er in der Nähe seiner neuen Wohnung überfallen worden sei. Ein verläufig unbekannter Täter habe versucht, ihm die Aktentasche zu entreißen und ihm einen Messerstich in die Hüfte beigebracht. Der Täter sei entflohen. Die Verletzung ist harmloser Natur.

Aus Geiz verhungert.

Paris, 31. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In Toulouse ist ein 64jähriges Ehepaar aus Geiz verhungert. Die betagten Eheleute wohnten bereits seit Jahren in einer kümmerlichen Dachwohnung im Zentrum der Stadt. Es war kein Geheimnis, daß der Mann vollständig unter dem Einfluß seiner Frau stand, deren Geiz so weit ging, tagelang keinen Pfennig Geld für die notwendigen Lebensmittel auszugeben. Bereits Mitte Oktober hatte der Hausbesitzer das Ehepaar bis zum Skelett abgemagert im Zimmer aufgefunden und verurteilt, die Frau von ihrem krankhaften Geiz abzubringen. Als er am Freitag wieder die Wohnung betrat, fand er die Gattin bereits tot im Bett auf, während der Mann an ihrer Seite nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Ein herbeigerufener Arzt stellte fest, daß beide der Unterernährung zum Opfer gefallen waren. Im Schrank fand man ein Sparkassenbuch, das über einen Betrag von etwa 20 000 Franken lautete!

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsehers versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsaufkündigung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Budewich“. Uns ist die Adresse nicht bekannt. Unserer Ansicht nach kommt der Brief auch an, wenn eine genaue Adresse nach Straße und Nummer nicht angegeben ist. Wenn Sie die genaue Adresse haben wollen, wenden Sie sich an den Zentralvorstand des evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung in Leipzig O 1, Weststraße 4.

Selga. 1. Sie können beim Vormundschaftsgericht einen entsprechenden Antrag stellen, und wenn er gut begründet ist, können Sie eine Minderung des Unterhaltungsbetrages erreichen. Sie können aus den gleichen Gründen auch die Einsetzung eines anderen Vormundes beantragen. 2. Sie können das Mädchen unter keinen Umständen zur Ehe zwingen. 3. Sie können auch die Herausgabe des Kindes nicht verlangen. 4. Wenn Ihre Schwägerin so lange mit der Sache gewartet hat, so sind ihre Aussichten auf einen Erfolg nicht größer geworden. Bei einem Prozeß wird es, da Zeugen nicht vorhanden sind, darauf ankommen, wem das Gericht mehr Glauben schenkt, dem Mädchen oder dem von ihr Beschuldigten. Solche Sachen schmecken sehr häufig nach Erpreßung, und daher sollte sich das Mädchen hüten. Verfährt sie natürlich richtig, aber mit der Zeit hat, wie gesagt, die Glaubwürdigkeit des Mädchens etwas gelitten. Selbstverständlich kann das Mädchen einen Rechtsanwalt zu Rate ziehen.

Stenerzahler I. 1. Die Einschätzung zur Vermögenssteuer von 1933 erfolgte auf Grund der Angaben der Steuerzahler. Der Wert der Gegenstände, die das Vermögen des Steuerzahlers darstellten, wurde nach dem Durchschnittswert, den die Gegenstände am 1. Juli 1933 hatten, angegeben. Der Wert war in polnischen Mark anzugeben, und wurde auf der Grundlage von 20 000 Mark = 1 Goldfrank in Goldfranken umgerechnet. Für die Besteuerung war eine Skala vorgesehen, in der in 33 Stufen der Steuerprozent, sag, bei 1,2 beginnend und mit 13 Prozent abschließend, für die einzelnen Stufen des in Goldfrank umgerechneten Vermögens festgelegt wurde. Die 1. Stufe umfaßte Vermögen von 3000 bis 4500 Goldfranken und wurde mit 1,2 Prozent zur Steuer herangezogen. Dann folgten Stufen von 4500—6000, von 6000—7500 Goldfr. usw., zu 1,4, 1,6, 1,8, 2, 2,2 Prozent usw. Dem Finanzminister war vorbehalten, wenn die Gesamtksteuer den vorausberechneten Betrag nicht erreichte, den Prozentfuß von der 5. Stufe an zu erhöhen resp., wenn die gesamte Steuerumme den Vorausschlag übersteigt, den Prozentfuß herabzusetzen. Die von Ihnen gemachten Angaben, die sich lediglich auf die erste Einschätzung und auf die Korrektur des Finanzministers beschränken, reichen nicht aus zu einer genauen Feststellung des Vermögens, das den beiden Steuerbeträgen zugrunde lag. Vermutlich lag der Einschätzung ein Vermögen von annähernd 60 000 Goldfrank zugrunde, denn in dieser Stufe beträgt der Steuersatz 3 Prozent, was einer Steuer von 1800 Goldfrank entspricht. Sehr zweifelhaft erscheint uns, ob die zweite von Ihnen angegebene Steuerumme vom Finanzminister festgelegt wurde, und ob es sich dabei nicht um eine Festsetzung der Vermögenskommission handelte, die das Vermögen auf etwa 40 000 Goldfrank festlegte. Für diese Stufe galt der Steuersatz von 2,8 Prozent, was an Steuer 1120 Goldfrank ergäbe.

W. P. Sie sind zur Zahlung verpflichtet, da der Sozialtarif auch für Sie verbindlich ist.

Kallisch. Sie können den Arrest sofort beantragen, u. z. bei dem Gericht, bei dem Sie ein Urteil gegen den Schuldner schon erstritten haben resp. bei dem noch eine zweite Klage von Ihnen gegen denselben Schuldner anhängig ist. Natürlich können Sie die Summe nicht gleich pfänden, da Sie zur Zeit für andere haftet; aber Sie beantragen die Beschlagnahme derselben in der Höhe Ihrer Forderung für den Zeitpunkt, wo Sie von der anderen Seite freigegeben wird.

Das Geheimnis der Zellstoffatmung.

Prof. Otto S. Warburgs Forschungen.

Nach 9-jähriger Pause ist zum ersten Male wieder der Nobelpreis für Physiologie und Medizin an einen deutschen Forscher, Professor Otto S. Warburg, gefallen. Der durch die hohe Ehre Ausgezeichnete ist zweifellos ein würdiger Nachfolger der bisherigen deutschen Nobelpreisträger der medizinischen Wissenschaft. Im Jahre 1901 erhielt Behring, der Forscher des Diphtherie-Heilserums, als erster deutscher Mediziner den Nobelpreis. Ihm folgte im Jahre 1905 wohl einer der größten Gelehrten aller Zeiten: Robert Koch, 1908 erhielt ihn Paul Ehrlich für seine grundlegenden wissenschaftliche Arbeit zusammen mit Metchnikoff, 1910 Kossel und im Jahre 1922 Professor Meyerhof, der bis vor kurzem in Dahlen gewirkt hat und dann die Leitung der physiologischen Abteilung des neugegründeten Heidelberger Forschungsinstitutes übernahm.

Der deutsche Gelehrte folgt als Nobelpreisträger Professor Dr. Landsteiner, der im vorigen Jahre durch die hohe Ehre, für seine Untersuchung über die Blutgruppierung ausgezeichnet worden ist. Aber die Verleihung des Nobelpreises ist nicht die erste große Auszeichnung Professor Warburgs. Bereits im vorigen Jahre haben seine Leistungen große Anerkennung gefunden. Im Juli, 1930 machte die Rockefeller-Stiftung eine großzügige Spende in Höhe von 2,7 Millionen Mark an die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft mit dem ausdrücklichen Wunsch, daß diese Mittel dazu verwendet werden sollten, für Professor Otto S. Warburg und für Professor Max v. Laue eigene Forschungsinstitute zu errichten. Vor einem halben Jahr ging das Institut für Zell-Physiologie in Berlin-Dahlem, an dessen Spitze Professor Otto S. Warburg steht, seiner Vollendung entgegen.

Der Nobelpreisträger ist entfernt verwandt mit der Hamburger Bankiersfamilie Warburg. Sein Vater, der

vor kurzem verstorbene Professor Emil Warburg, war ein weltberühmter Physiker und langjähriger Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt. Die Laufbahn Professor Otto Warburgs ist eine typische Gelehrtenlaufbahn, die sich außerhalb der dozierenden Tätigkeit an der Universität abspielte. Am 8. Oktober 1883 in Freiburg i. B. geboren, wo sein Vater als Professor tätig war, hat sich Professor Otto S. Warburg die ganze Zeit seines Studiums fast ausschließlich der Gelehrtenarbeit widmen können. Er war u. a. Schüler des berühmten Chemikers und Nobelpreisträgers Professor Emil Fischer. In Heidelberg studierte er namentlich bei Rudolf v. Krehl. In Berlin bei Fischer promovierte er zum Dr. phil. in Heidelberg zum Dr. med. Während des Krieges war Professor Warburg als Reserveoffizier beim Garde-Reserve-Mann-Regiment eingesetzt. 1918 nach Kriegsende wurde er Mitglied des Kaiser Wilhelm-Instituts für Biologie. Hier war er so lange tätig, bis ihm durch die Rockefeller-Stiftung ein eigenes Institut eingerichtet worden ist. Enge Freundschaft verband ihn mit dem Sohn des Preisträgers von 1922, Professor Meyerhof, mit dem er jahrelang Wand an Wand gearbeitet hat.

Durch wissenschaftliche Preise wurde Professor Warburg mehrfach ausgezeichnet. So erhielt er im Jahre 1926 den Nordhoff-Jung-Preis für die beste Arbeit der letzten Jahre aus dem Gebiete der Krebsforschung. Der Beschluß, auf Grund dessen ihm die Anerkennung zuteil wurde, ist ihm von einer erlesenen Gelehrten-Kommission zugesprochen worden. Unter den Männern, die einstimmig für Professor Warburg eintraten, befanden sich Professor Vorst, Professor Ockerlein, Professor Romberg und Professor Sauerbruch.

Professor Otto S. Warburg hat durch seine Studien über das Wesen der Atmung, und zwar die feineren Vorgänge bei dem Sauerstoffaustausch der Zellen, völlig neue Einblicke in die Lebenserscheinungen ermöglicht. Er ist einer der prägnantesten Forscher auf dem Gebiete der Ge-

mischen Vorgänge in der lebenden Zelle. Der noch ungelöste Geheimnis des Lebens nachzuforschen, das er auf physiologische Vorgänge der Zellen zurückführte. Durch die Ausarbeitung einer überaus genauen Präzisionsmethode war er in der Lage, den Stoffwechsel der Zellen unter verschiedenen Bedingungen zu messen. Er bedient sich eines besonders konstruierten Instrumentariums, dem optische Methoden zugrunde liegen. Grundlegend sind seine Arbeiten über Zellstoffwechsel und Zellatmung. Seine bisher größten Erfolge erzielte er bei der Untersuchung der Tumoren, für die er den Nachweis erbringen konnte, daß namentlich die Krebszellen im Gegensatz zu den Körperzellen relativ unabhängig sind von der Sauerstoffzufuhr, daß sie also einen sauerstofflosen Stoffwechsel haben. Die normale Körperzelle stirbt ab, sowie die Sauerstoffzufuhr aufhört, während die Krebszellen noch weiter existieren, ja wie bisher weiter wachsen und sich teilen. Selbst wenn man die Krebszellen Sauerstoff zutritt, erhalten sie ihren sauerstofflosen Stoffwechsel aufrecht.

Professor Warburg war es auch, der das Ferment, das der Übermittler des Sauerstoffes ist, chemisch aufzuklären vermochte, während dies bei den Fermenten, die Verdauung etc. vermitteln, noch nicht möglich war. Professor Warburg zeigte, daß sich in jeder atmenenden Zelle ein besonderes oxidierendes System findet, das Atmungsferment, das den zugeführten Sauerstoff aktiviert, das heißt in wirksamen Sauerstoff überführt. Er hat es als einen eisenhaltigen organischen Farbstoff, ähnlich dem Häm in des Blutfarbstoffes, aber ihm nicht identisch, präpariert.

Trotz der großen Erfolge, die Professor Otto S. Warburg bisher erzielte, steht es außer Frage, daß er noch zu der Lösung großer Probleme aufersehen ist und daß namentlich die Erkenntnis und damit zugleich Bekämpfung des Krebses durch seine Forscherfähigkeit bedeutende Fortschritte machen wird.

Dr. F. H.

Elßaß-lothringische Volkspolitik.

Nach den Generalratswahlen.

(Von unserem Straßburger Mitarbeiter.)

Wenn heute der unterelßassische Generalrat zu seiner ordentlichen Herbsttagung zusammentritt, wird er ein wesentlich anderes Aussehen haben, als der Präsekt und seine Berater voraussehen. Die Elßasser sind vorerst noch nicht dazu brauchbar, als Schachfiguren nach dem Wunsch irgendwelcher Pariser Drahtzieher sich blindlings manövrieren zu lassen. Herr Roland-Marcel, den Tardieu nach der Rheinlandräumung auf den Straßburger Präsektenthron setzte, wird jetzt zeigen müssen, ob er seine französischen Vorurteile mit den Forderungen der neuen Generalratsmehrheit in Einklang zu bringen vermag. Er hat es künftighin längst nicht mehr so leicht wie bisher, wo er mit vibrierender Stimme an die „nationalen“ Interessen appellieren und damit bei einer bombastischeren Mehrheit von Autonomiefeinden stets auf Hilfe rechnen konnte.

In der Zukunft wird das elßassische Interesse, das Wollen des elßassischen Volkes ausschlaggebend sein. Denn jetzt gehören von 35 Mitgliedern 18 zu den „Volksparteien“, die bisher in der Minderheit waren. Und eine 19. Stimme wird mehr als einmal dem Präsekten in die Parade fahren, die des wiedergewählten Bürgermeisters Walter einer kleinen Gemeinde im Schirmecker Tal, der gegen die dem Präsekten genehmten Gegenkandidaten — den aus Frankreich eingewanderten Sozialisten Naegelen und den rabiat-französischen Bürgermeister Hugues von Wisch — einen starken Erfolg hatte. Wen die Sieger vom 18. und 25. Oktober heute zum Präsidenten des Generalrates wählen werden, wissen wir nicht. Aber sicherlich wird Dr. Oberkirch, der frühere Unterstaatssekretär von Poincaré und Tardieus Gnaden, nicht mehr diesen Posten bekommen. Dazu reicht's heute nicht mehr. Und wenn der Präsekt „politische“ Erörterungen wieder als unzulässig unterbinden will, wird er damit kein Glück haben. Die Rechte der Generalräte sind in Frankreich freilich so beschnitten, daß sie über ihre eigentliche Aufgabe — die Verwaltung des Budgets des Departements — hinaus nur „Wünsche“ formulieren können. Regierung und Verwaltungen werden auf diese hören können oder (wahrscheinlicher) nicht; darüber läßt man sich im autonomistischen Lager sicher keinen Illusionen hin. Aber die politische Wirkung immer wiederholten Aufwerfens der verbotenen Probleme wird nicht ausbleiben. In gewisser Hinsicht hat das Elßaß nun wieder ein kleines Parlament, eine Miniaturausgabe des früheren Landtages. Die Presse des Landes wird an seinen Debatten nicht vorbeiziehen können.

In diesem Sinne ist es ganz interessant, sich einmal die Parteiverhältnisse in diesem Landtag-Erlass vor Augen zu halten. Er hat nur 35 Mitglieder, aber es sind mit der einen Ausnahme der rechtgläubig-moskowitischen Kommunisten alle Parteirichtungen in ihm vertreten! So die beiden katholischen Parteien, die erstmals auf breiter Front ihre Kräfte gemessen haben: die alte Partei, die heimatrechtliche „Elßassische Volkspartei“, verliert jetzt über 8 Sitze und rechnet sich auch den früher sozialistischen Bürgermeister Dr. Bronner von Schleißstadt zu, der am letzten Sonntag seinen heftig umstrittenen Generalratsposten mit ihrer Hilfe zurückgewonnen hat; ebenfalls 8 (statt bisher 10) Plätze besetzen die Nationalkatholiken, deren Führer Dr. Oberkirch wiedergewählt worden ist, während sein und des französischen Bischofs Freund Wendmann schon am 18. Oktober sein Mandat an die alte katholische Partei verlor. Auf heimatlicher Seite ist die zunächst größere Gruppe die der „Autonomistischen Landespartei“ (A), die in Arbeitsgemeinschaft mit der Dabitzschen „Fortschrittspartei“ steht, die 2 Sitze innehat. Ebenso viele haben die aus der Gesamtpartei ausgeschlossenen heimatlichen Kommunisten (Bürgermeister Sauer von Straßburg und der am Sonntag gewählte Schredler). Als „Unabhängiger“ erscheint schließlich als Achthabender der Heimatfront der Autonomist Reissacher. „Unabhängig“ ist auch der schon erwähnte Schirmecker Vertreter Walter-Barenbach. Im alten Generalrat hielt er es häufig mit dem Präsekten, aber da dieser alles versucht hat, um das Mandat einem ganz untadeligen „Patrioten“ zuzuschreiben, wird er nicht darauf aus sein, Herrn Roland-Marcel allzu gefällig zu sein. In der Sprachenfrage und dergl. ist er auch bisher schon zuweilen mit den Heimatrechtlern gegangen.

Auf der „nationalen“ französischen Seite stehen neben den 8 Oberkirch-Katholiken die als Demokraten auftretenden Vertreter der Fabrikanten- und Handelskammerkreise. Es sind die gleichen 5 Mann wie bisher. Zu diesem präsekturhörigen Stamm von 13 Mann stoßen vermutlich jedesmal die Unabhängigen Thormann (aus dem französischen Sprachgebiet Saales) und der parteimäßig zu den linksbürgerlichen Radikalen zählende Dr. Extermann, der gerade eben noch einmal sein Mandat retten konnte. Daß schließlich der als einziger Sozialist neugewählte Bürgermeister Sorgus von Schilligheim, einem der Straßburger Industrievororte, in manchen Fällen gegen autonomistische Anträge stimmen wird, ist sicher. Aber nach allem, was über seine Persönlichkeit bekannt ist, wird er den französischen Nationalisten durchaus nicht ein so williger Sekundant sein, wie dies bei seinen um ihre Straßburger Sitze gekommenen Parteifreunden Koepler und vor allem Georges Weill der Fall gewesen ist.

Der kurze Überblick zeigt deutlich, daß nahezu alle Schattierungen der elßassischen öffentlichen Meinung im neuen Generalrat des Unterelßaß zu Wort kommen. Er ist in diesem Sinne in der Tat eine Art elßassischer Landtag.

An der bolschewistischen Grenze.

Nur selten bringen Berichte darüber an die Öffentlichkeit, welcher Behandlungsweise die orthodoxen Gemeinden, namentlich im Osten Polens ausgesetzt sind. Vor wenigen Tagen erst ist wieder eine orthodoxe Kirche behördlich geschlossen und versiegelt worden. Die betreffende Gemeinde in Rozin, Kreis Dubno (Wolhynien), hat keine Möglichkeit mehr, einen Gottesdienst im Gotteshaus zu veranstalten. Vor dem Kriege gehörten der Gemeinde, die 5000 Seelen zählte, zwei Kirchen, von denen die eine durch den Krieg schwer beschädigt wurde. Trotzdem die Gemeinde willens war, die Kirche wieder herzurichten, gab die Behörde keine Erlaubnis dazu, sondern versiegelte und verschloß die Kirche im Jahre 1927, weil sie die öffentliche Sicherheit gefährde (1). Nun ist auch die zweite Kirche, gerade zu Beginn des Winters geschlossen worden und der Gemeinde bleibt nichts übrig, als ihre Gottesdienste unter freiem Himmel abzuhalten.

In Chelm, Wojewodschaft Lublin, ist der orthodoxen Gemeinde von ihren 10 Kirchen nur eine einzige geblieben, die mit ihren 300 Plätzen für die 5000 Seelen große Gemeinde nicht ausreicht. Die Bitte, eine der verschlossenen und unbenutzt stehenden Kirchen wieder zurückzugeben, wurde mit der Mitteilung erwidert, daß die Behörde die Zerstörung der Kirchen beabsichtige. Die Kirche sei ein Denkmal der Unfreiheit und könne darum jetzt nicht mehr gebauet werden. Aber die orthodoxe Gemeinde hat die Kirche aus eigenen Mitteln erbaut, nicht auf Staatskosten. Inwiefern daher der Kirche das Zeichen eines „Denkmals der Unfreiheit“ anhaften soll, ist nicht recht begreiflich. Die orthodoxe Gemeinde selbst empfindet dies allerdings als einen Beweis, in welcher rechtlosen Lage die orthodoxe Kirche in Polen leben muß.

Auf diese unhaltbaren Zustände hat der Metropolit Dionysius aus Anlaß der letzten Vorgänge hingewiesen und in seinem Protest an das Innenministerium besonders betont, daß der Kampf der Kirche gegen die zunehmende, von Rußland her einkommende Gottlosenpropaganda nicht erfolgreich geführt werden könne, wenn große Gemeinden, die sich gern zur Kirche halten wollen, ihres Gotteshauses beraubt werden. Dem Einfluß des Bolschewismus stehen damit Tür und Tor offen.

Zusammenstöße auf Zypern.

London, 31. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Nach griechischen Meldungen sind am Freitag durch einen Zusammenstoß zwischen Aufständischen und Regierungstruppen in Zypern 15 Personen getötet und 50 mehr oder weniger schwer verwundet worden. Ein Angriff der Aufständischen auf den Leuchtturm von Cap Greco ist von dem britischen Torpedobootszerstörer „Masta“ abgefohlen worden. Aus Agien sind Panzerwagen eingetroffen. In den Dörfern und kleineren Städten im Innern der Insel sind wiederum mehrfach Plünderungen und Brandstiftungen vorgekommen. In Famagusta ist, einer Meldung des englischen Gouverneurs zufolge, das Eigentum der Regierung zerstört worden. In Nicosia müssen sich die englischen Frauen und Kinder bei Beginn der Dunkelheit in das ihnen zugewiesene Hotel begeben, damit sie vor Überfällen geschützt sind.

Man rechnet in Zypern damit, daß der Gouverneur baldmöglichst die Außerkräftsetzung der dortigen Verfassung verfügt und die Vertretung der Bewohner Zyperns durch gewählte Mitglieder in den gesetzgebenden Rat abschaffen wird. Der Rat setzt sich aus neun von dem Gouverneur ernannten Beamten-Vertretern und 15 Mitgliedern zusammen, wovon zwölf die griechische und drei die mohammedanische Bevölkerung vertreten. Die gesamte Amtsgewalt soll allein auf den Gouverneur und die neun Beamtenvertreter übergehen.

Grubenkatastrophe in Schottland.

16 Todesopfer.

London, 1. November. Durch eine Explosion auf der Bowhill-Grube bei Lochgelly in der schottischen Grafschaft Fife wurden sechzehn Bergleute getötet. Die Grube ist eine der größten in Schottland und hat eine Belegschaft von 1440 Mann. Die Morgensicht hatte die Grube gerade verlassen, als die heimkehrenden Bergleute eine Detonation hörten, die die ganze Ortschaft Lochgelly erschütterte, so daß die Fensterscheiben klirrten.

Sofort wurden Rettungsmannschaften organisiert, die zum Unglücksort hinabstiegen. Sie nahmen sechs Kanarienvögel mit, um die Luft zu prüfen. Die Vögel starben aber sämtlich unter dem Einfluß der Gase. Trotzdem hielt die Mannschaft weiter aus. Nach sechsstündiger schwerer Arbeit mußte sie jedoch wieder zurückkehren, ohne Erfolg gehabt zu haben.

Weitere Rettungsmannschaften wurden hinabgeschickt, und nach vielen Stunden eifriger Arbeit gelang es ihnen endlich, an die Unglücksstelle zu gelangen, wo sie bisher zehn vollkommen verstümmelte Leichen unter den Trümmern fanden. Sechs Bergleute werden noch vermißt und dürften ebenfalls den Tod gefunden haben.

Neuregelung der Geschäftszeit in Bromberg.

Das Starostwo Grodzkie hat für die Stadt Bromberg die Verkaufszeit in den Läden durch eine Verfügung vom 14. Oktober d. J. neu geregelt. Die Verfügung besagt:

1. Lebensmittel-Läden (mit Ausnahme derjenigen, die sich ausschließlich oder hauptsächlich mit dem Verkauf alkoholischer Getränke befassen) können an Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet sein.

2. Friseur-Läden können an Wochentagen von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, an Sonnabenden und an den Tagen vor einem Feiertag von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends geöffnet sein.

3. In Verkaufsständen und Kiosken, in denen zu sofortigem Gebrauch Selter- und Mineralwasser, Süßigkeiten und Obst und keine anderen Waren verkauft werden, kann der Verkauf an allen Tagen der Woche in der Zeit vom 1. April bis 30. September von 9 Uhr morgens bis 11 Uhr abends erfolgen. Dagegen in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

4. Der Straßenverkauf von Zeitungen, Zeitschriften und Tabakwaren kann an Wochentagen in der Zeit von 7 Uhr morgens bis 11 Uhr abends und der Straßenverkauf von allen anderen Waren darf nur solange erfolgen, wie die entsprechenden Geschäfte geöffnet sind. Als Straßenverkauf wird der Verkauf von keinem festen Standort aus, also der Verkauf aus Körben, an Tischen usw. aufgefäßt. Der Verkauf von Zeitungen und Tabakwaren in Kiosken, die keine anderen Waren verkaufen, fällt ebenfalls unter den Begriff Straßenverkauf.

5. Speisewirtschaften (Restaurationen, Konditoreien, Cafés, Wein- und Bierlokale, Garfischen usw.) können an allen Tagen der Woche von 7 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts geöffnet sein. Das Starostwo Grodzkie kann in besonderen Fällen die Verlängerung bei solchen Unternehmen bewilligen, die Patente I. und II. Kategorie ausgestellt haben.

6. Alle anderen Geschäfte außer den unter 1—5 genannten (mit Ausnahme der Apotheken, die dieser Verfügung nicht unterliegen) sowie photographische Anstalten können im Sommer von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends geöffnet sein, im Winter von 8.30 Uhr bis 6.30 Uhr abends.

7. Am Heiligabend sowie am Ostersonnabend dürfen alle Geschäfte und Verkaufsstellen sowie die photographischen Anstalten nur bis 6 Uhr abends geöffnet sein. In der Zeit vom 18. bis 23. Dezember einschließlich sowie in der Zeit von Montag vor dem Ostersfest bis Karfreitag einschließlich können alle Läden und Verkaufsstellen zwei Stunden länger als gewöhnlich geöffnet sein, dürfen jedoch nicht später als um 9 Uhr geschlossen werden.

8. An Sonntagen, die in die Zeit vom 18. bis 23. Dezember einschließlich fallen (Goldener Sonntag) sowie am Palmsonntag dürfen die Geschäfte von 1 Uhr mittags bis 6 Uhr abends geöffnet sein.

9. An Sonn- und Feiertagen außer den oben angeführten Fällen ist nur der Detail-Verkauf von Süßigkeiten, Obst, Blumen und Tabakwaren bei Schaustellungen, Veranlagungen und öffentlichen Umzügen, Ablässen und Ausstellungen während der Zeit ihrer Dauer gestattet. An Sonn- und Feiertagen dürfen außerdem, jedoch nicht länger als drei Stunden bis um 10 Uhr vormittags Milch- und Blumenstände geöffnet sein. In diesen Geschäften werden nur solche gerechnet, die ausschließlich Milch und Milchprodukte sowie Blumen verkaufen und keinerlei andere Waren nebenbei führen.

10. Der Verkauf in Läden, die mit Speisewirtschaften oder Friseursalons verbunden sind oder nicht dieser Verfügung unterliegen, darf nur in der Zeit ausgeführt werden, wie sie für selbständige Geschäfte festgesetzt ist. Zu anderen Stunden müssen die Verkaufsstellen in diesen Unternehmen geschlossen und die Waren für die Käufer nicht zugänglich sein.

Zum Schluß der neuen Verfügung wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Überschreitung dieser Vorschriften auf Grund der entsprechenden Gesetze mit hohen Strafen (bis zu 2000 Zloty und einer Haft bis zu 6 Wochen) belegt wird. Die neue Verfügung tritt mit der Veröffentlichung im Wojewodschafts-Amtsblatt in Kraft. Über den Termin dieser Veröffentlichung werden wir unsere Leser unterrichten.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Forstpflanzen!

1000 Stück

Noterlen: 100/150 cm, verschult . . . 60.— 21
„ 65/100 cm, verschult . . . 45.— 21
„ 40/65 cm, verschult . . . 35.— 21
1-jährige Sämlinge . . . 10.— 21
Rotbuchen: 3-jährig, versch., 30/50 cm 65.— 21
„ 3-jährig, versch., 20/40 cm 55.— 21
„ 2-jährig, versch., 10/25 cm 40.— 21
„ 1-jährige Sämlinge . . . 30.— 21
Eichen: 2-jährige Sämlinge . . . 30.— 21
Auch alle anderen Forstpflanzen gibt es
Jan Kunze, Forstbaumschule,
Lutowo-Sepolno (Pomorz). 10224

Großgrundbesitzer! Achtung!

Siehe größere Posten prima

Noterlen-Pflanzen

zu ermäßigten Preisen wie folgt abzugeben:
3-jährige, 120—180 cm groß, à 1000 Stück 36 zł
2-jährige, 70—120 cm groß, à 1000 „ 28 zł
1-jährige, 40—70 cm groß, à 1000 „ 20 zł
Sämlinge, 16—25 cm groß, à 1000 „ 10 zł
Verpackung frei ab Station Nowy-Tomyśl.
Fritz Winter, Forstbaumschulen,
Koscielna Boruja, pow. Wolsztyn.
10007

Schwarzwild-Abichuß

gesucht von älterem Herrn. Abichuß darf nicht zu ankriechend u. muß in kurzer Zeit zu erledigen sein. Genaue Angebote mit Preis unter D. 10079 an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Mähmaschinen

Singer u. and. Systeme sowie allerhand Möbel empf. zu billigen Preisen
J. Kuberek, Sniadeckich
Ecke Pomorska. 9951

Zuckerrüben

hat abzugeben 10050
Dehmann, Mäg.
pow. Iwieczi.

Speisewiebeln

gesunde, mittelgroße
p. 3tr. 217.— incl. Sad
gibt noch ab 9919
Bruno Nidel,
Wielki Lubiesz,
Tel.: Grudziadz 408.

Zeichenpapier

in Bogen und Rollen 103

A. Dittmann, T. z o. p.
Bydgoszcz, ul. Marsz. Focha 6.

Wir raten!

Trinken Sie einen Monat lang Kaffee Hag. Versuchen Sie dann wieder gewöhnlichen Bohnenkaffee und beobachten Sie Ihr Befinden. Sie haben dann die Erklärung für die Beliebtheit des koffeinfreien Kaffee Hag. Aroma und Geschmack sind unübertroffen.

KAFFEE HAG SCHON!



Wirtschaftliche Rundschau.

Börsenspiegel der Woche.

Die internationale Devisenmarktlage wurde in der Berichtswoge vollkommen von dem Wahlausgang in England beherrscht. Die von englischer Seite an diesen Vorgang geknüpften Erwartungen, daß die Weltmarktstellung des Pfundes einen neuen Impuls erhalten werde, sollten sich nicht erfüllen. Alle Erwartungen dieser Art waren übertrieben, die Kursentwicklung des Pfundes im Laufe der letzten Tage kommt vielmehr in einer abwärtsgehenden Haltung zum Ausdruck. London und Paris waren tonangebend. Schon am Dienstag stand die Londoner Devisenbörse im Zeichen einer optimistischen Aussicht für einen Erfolg der Nationalen Regierung. Die Größe des Erfolges kam teilweise auch am Markt der Werte und Devisen zum Ausdruck. Alle finanziellen und wirtschaftlichen Perspektiven wurden zunächst von der Tatsache der ungeheuren konservativen Mehrheit im neuen Unterhaus getragen. Die Ansichten über die Maßnahmen zum Übergang zum Protektionismus haben entweder steigend oder zurückhaltend auf die Börsenentwicklung gewirkt. Eine Einheitsfront der Gestaltung trat in der Befriedigung über den nationalen Sieg an der Börse hervor. Britische Staatspapiere verzeichneten eine scharfe Aufwärtsbewegung. Das Pfund, das am Wochenanfang bei 3,80 zum Dollar lag, konnte auf 3,93 anheben, dem französischen Franc gegenüber brachte es das Pfund von 98,75 auf 100,50, der deutschen Mark gegenüber von 16,50 auf 16,75. Schon am Donnerstag und Freitag versiegte die Begeisterung, die Hausbewegung flaute stark ab. Es machte sich hier und da die Neigung zu Gewinnrealisationen geltend, da sich teilweise mit dem triumphierenden Erfolgsgedächtnis der City einige bittere Tropfen vermischten. Diejenigen, die nach der großen Majorität der Konservativen im Unterhaus eine scharfe Aufwärtsbewegung des Pfundes erwarteten und einen Kursausgleich von 4 Sch. für einen Dollar in Erwägung zogen, saßen sich schwer einzufinden. Es machte sich eine leichte Schwäche des Pfundes bemerkbar, am Freitag hat diese Schwäche noch mehr gewirkt. Selbst der Markt der Staats- und Industriepapiere hat erheblich eingebüßt. Diese Schwäche blieb bis zum Wochenende. Das Pfund notierte gegen den Dollar 3,87 1/2, gegenüber dem franz. Franc 98 1/4 und gegenüber der Reichsmark 16,87. Viel erörtert wurde in London die Frage der Herabsetzung der Diskontrate, man glaubt, daß die augenblickliche hohe Rate die Kredite der englischen Industrie verteuere und unhaltbar sei. Die anhaltende Schwäche des Pfundes und die Ergebnisse der Washingtoner Besprechungen Hoovers und Dawids, die man in der City als eine Gegenstellung gegen das Pfund ansieht, werden wohl darüber entscheiden.

Die Pariser Börse hat den Ausgang der englischen Wahlen nicht mit besonderer Begeisterung aufgenommen. Sie wurde auch insofern von einer Unruhe erfasst, als die bevorstehenden protektionistischen Maßnahmen der Englischen Nationalregierung französische Wirtschaftsinteressen stark treffen können. Im weiteren Verlauf der Woche machte sich sogar eine gedrückte Stimmung geltend. Die französischen Banken haben die Kredite für die Wirtschaft stark eingeschränkt. Auch in Paris war das englische Pfund — mit Ausnahme einer vorübergehenden Erholung — durchweg schwach. Es notierte 98 1/4, der Dollar war sehr fest.

In Berlin war man über die Schwäche des Pfundes verschiedener Meinung. Man glaubte den Grund der vorübergehenden Hausse in London darin zu suchen, daß die Englische Regierung für die Rückzahlung des Dreimonatskredits von 50 Millionen Pfund an Frankreich und Amerika Pfünde brauchte. Auf der anderen Seite liegt die größere Wahrscheinlichkeit, die darin besteht, daß in der letzten Woche englische Großbanken ihre auswärtigen Wertpapiere abgestoßen haben und durch Umsatzen des Gegenwertes in Pfund den Pfundkurs stützen halfen. Mit dem Ende dieser natürlichen Stützungssaktion war auch das Ende der Pfundstärke eingetreten. Die Wahlen haben also nur geringen Einfluss gehabt.

Das besondere Kennzeichen an der Warschauer Börse bestand in der Berichtswoge darin, daß die Nachfrage nach Devisen nicht sonderlich lebhaft war. Die europäischen Devisen wurden nur schwach gefragt und erlitten demzufolge auch eine Abschwächung. Unverändert lag der Dollar, das Pfund neigte zur Abschwächung. Nach einer anfänglichen Zurückhaltung konnte sich auch die Reichsmark erholen, sie wurde am Wochenende im Verkehr zwischen den Großbanken mit 21,75 gehandelt. Am Markt der Edelmetalle zeigte der Goldmarkt eine rückläufige Bewegung, besonders, da auf seiten der Verkäufer eine Neigung zu härteren Angeboten vorlag.

Der Markt für Werte hat nicht das lebhafteste Bild, wie es noch in der Vormwoche zu verzeichnen war. Das Interesse für Obligationen und Aktien ließ nach. Die Grundstimmung war zwar im allgemeinen fest, zu Umfassen und lebhaftem Geschäftsverkehr kam es jedoch nicht. Es ist eher eine gewisse Neigung zu Verkäufen wahrzunehmen gewesen. Lediglich in Aktien der Bank Polst kam es zu größeren Umsätzen. Sie wurden unverändert zu 110,00 Zl. notiert. Es notierten ferner: 5proz. Staatliche Konvertierungsanleihe 41,25, 6proz. Staatliche Konvertierungsanleihe 59,00, 7proz. Staatliche Konvertierungsanleihe 55,50, 7proz. Pfandbriefe der Bank Polst 83,25, 6proz. Pfandbriefe der Bank Polst 94,00, 7proz. Pfandbriefe der Bank Gospodarkwa Kraj. 83,25, 6proz. Pfandbriefe der B. G. K. 94,00.

Wechselprotekte im September dieses Jahres. Nach den statistischen Nachrichten vom 25. Oktober dieses Jahres gingen im September 415.800 Wechsel zu Protest, gegen 418.900 im September 1930. Der Wert der umlaufenden Wechsel betrug 103.800.000 Zloty im September 1931, bzw. 102.400.000 Zloty im September des Vorjahres. Die Wechselproteste verteilten sich wertmäßig wie folgt: Warschau steht mit 21,1 Mill. Zloty an erster Stelle. Es folgen Lodz mit 12,2 Mill. Zloty, Posen mit 10,1 Mill. Zloty, Kielece mit 8,6 Mill. Zloty, Wenzburg mit 7,2 Mill. Zloty, Krakau mit 7 Mill. Zloty, Lublin mit 6,1 Mill. Zloty usw. Die Wechselproteste in der ganzen Wojewodschaft Schlesien betrugen nur 4,8 Mill. Zloty, darunter in Kattowitz 1,8 Mill. Zloty.

Firmennachrichten.

v. Neuenburg. Zwangsversteigerung des Grundstücks Radu Komorff, Band 6, Blatt 119, Inh. Piotr Bednarski in Radu Komorff (14.800 Zloty — mit Gebäuden), am 13. Februar 1932, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 1.

Culm (Gelmaz). Zahlungsausschub beantragte die Brauereifabrikgesellschaft „Zawazajstwo Alceja Browary Gelmazkie“ in Culm. Gläubigertermine am 10. November 1931, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 13.

Thorn. Konkursverfahren über das Vermögen der Fa. Giesław Buzza, Thörn, Bielle Garbary 31/35, Inh. Jadwiga Buzza, mit dem 24. Oktober eröffnet. Konkursverwalter Antoni Gzajkowski, Thörn, Gelmazka 1. Ansprüche bis zum 30. 11. 1931 beim Bürgergericht stellen. Gläubigertermine am 28. 11., 10 Uhr. Ein weiterer Termin am 9. Januar 1932.

Rundschau des Staatsbürgers.

Umsatzsteuerermäßigung bei der Ausfuhr von lebendem Geflügel.

In Ergänzung des Rundschreibens vom 22. Januar 1931 hat das Finanzministerium im Einvernehmen mit dem Handelsministerium auf Grund des Art. 94 des Gesetzes über die staatliche Umsatzsteuer mit Rundschreiben v. D. V. 9426/431 vom 16. Oktober d. J. mit Gültigkeit vom 1. Oktober d. J. die Entrichtung der Umsatzsteuer für Exporttransaktionen für lebendes Geflügel aufgehoben. Diese Ermäßigung wird unter genauer Anwendung der Vorschriften des § 9 Absatz I der Verordnung des Finanzministers vom 8. September 1925 durchgeführt.

Der Getreidemarkt im Oktober.

Die Ausichten für November.

Der inländische Getreidemarkt stand im Oktober im Zeichen einer steigenden Preissteigerung für alle Getreidearten. Diese Preissteigerung erfolgte gleichzeitig mit einer an den Auslandsmärkten beobachteten Preissteigerung. Die Weltmarktpreise für Getreide erreichten für Weizen prompt c/o Hamburg oder Rotterdam eine Erhöhung, die für Weizen 20 Prozent, für Gerste 25 Prozent, für Roggen 15 Prozent und für Hafer 20 Prozent erreichte. Die Preissteigerung für Roggen machte sich in Polen besonders an den weissen Getreidemärkten bemerkbar. So stiegen die Preise in Posen um 50 Groschen für den Doppelzentner. In Danzig stiegen die Preise für Roggen noch stärker an und zwar mit 1,75 Zloty. Eine gleichstarke Erhöhung erfuhr die Roggenpreise in Bromberg, Thorn, Kattowitz und Krakau, die hier im Durchschnitt mit 1,50 bis 2 Zloty besser lagen. An den Zentralmärkten in Warschau konnte Roggen im Oktober sogar eine Preisaufbesserung von 3 Zloty, d. h. von 21,50 bis 24,50 Zloty erfahren. Die gleiche Tendenz machte sich in Lublin und Lodz bemerkbar. Auch Wenzburg zeigte eine feste Grundstimmung und stetige Preissteigerung für Roggen.

Russischer Roggen notierte c/o Hamburg im Oktober 4,57 holländische Gulden und hat somit eine Erholung von 0,50 holländische Gulden erfahren. Ausgesprochen günstig war die Preislage an der Berliner Produktenbörse, der Roggen erfuhr hier eine Steigerung von 2 Mark für den Doppelzentner. Die europäischen Getreidemärkte zeigten nicht eine ausgeprägte Preissteigerung, die Preislage war aber in Chicago und New York fest und erhöht. Was die Voraussagen für den Monat November anbelangt, so muß die feste Grundstimmung des Auslandes und das verhältnismäßig schwache Angebot am Inlandsmarkt in Betracht gezogen werden, um eine Preissteigerung vorauszusetzen. Im November pflegt sonst ein Preisnachschuß für Roggen einzutreten, der mit einem stärker werdenden Angebot und den fälligen Verpflichtungen in Zusammenhang zu bringen ist. Die schwachen Entsergebnisse werden es jedoch in diesem Jahre zu keinem stärkeren Angebot kommen lassen, obwohl die Herbstarbeiten so gut wie beendet sind. Sollte wider Erwarten eine plötzliche Vergrößerung des Angebotes zutage treten, dann werden die staatlichen Getreide-Industriewerke Interventionskäufe vornehmen müssen. Sollte also ein Angebot nicht überaus plötzlich erfolgen, so ist im November mit einem Preisnachschuß für Roggen zu rechnen.

Am Weizen-Weltmarkt ist eine Preisaufbesserung an den amerikanischen Märkten um 20 Prozent festzustellen, ebenso für Lieferungen c/o Hamburg und Rotterdam für ausländischen Weizen. Selbst für südamerikanische Angebote war eine Preissteigerung von einem holländischen Gulden (d. h. 3,60 Zloty) zu notieren. Der

Weizen lag auch am Inlandsmarkt etwas besser. Posen zog von 20 Zloty auf 22,75 Zloty für den Doppelzentner an. Aus den vorliegenden Anzeichen ist zu schließen, daß an der Posener Börse der anormale Zustand, daß die Roggenpreise über den Weizenpreisen liegen, als beendet anzusehen ist. Preissteigerungen und Befestigungen wurden ebenso in Danzig wie an den Getreidemärkten in Kattowitz und Krakau notiert. Sehr fest lagen Warschau, Lublin und Lodz. Auch die östlichen Produkten-Märkte in Wenzburg und Wilna konnten eine Preisaufbesserung für Weizen von 1 Zloty erfahren. Die Ausichten am Weizenmarkt dürften für den November denen des Roggens gleichkommen, d. h., daß sich die Preise auf dem jetzigen Niveau halten werden. Sollte ein Preisnachschuß für Roggen erfolgen, dann dürften die Weizenpreise ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen werden. Diese Möglichkeit besteht jedoch nur für den Fall eines überaus starken Angebotes.

Die Gerste zog im Oktober nur in einzelnen Fällen und für manche Gattungen an. Starke Nachfrage war in Lublin und an den weissen Getreidemärkten besonders für Braugerste wahrnehmbar. In Danzig konnte Braugerste ihren Preis von 15 auf 17,25 Gulden verbessern. Große Gerstenmengen wurden nach dem Auslande exportiert, wo für Gerste eine starke Nachfrage herrschte, und die Absatzmöglichkeit und die Preislage für die polnischen Exporteure nicht ungünstig waren. Eine Preissteigerung gab es ebenso in Krakau und Kattowitz. Die Zentralmärkte in Warschau notierten eine Preissteigerung von 1,50 Zloty für Grützgerste, von 2,50 Zloty für Braugerste. Umgekehrt lagen die Verhältnisse in Lodz, wo Braugerste ihren Preis nur mit 1 Zloty, Grützgerste dagegen um 3 Zloty verbessern konnte. In maßgebenden Handels- und Landwirtschaftskreisen ist man der Hoffnung, daß die Gerstenpreise ihre augenblickliche Lage behalten werden, und daß weiterhin für gute Gerstenforten eine unverminderte Nachfrage bleiben wird.

Auch Hafer konnte im Oktober vornehmlich an den weissen Getreidemärkten eine gute Preissteigerung bewahren. Hier stiegen die Preise im Durchschnitt um 2 Zloty für den Doppelzentner, in Warschau um 2,50, in Lublin um 1,50, in Wilna um 1 Zloty. Bemerkenswert ist die Preissteigerung für Hafer in Wenzburg, die hier sogar 4 Zloty für den Doppelzentner erreichte. Die Preissteigerungen an allen Märkten beziehen sich im allgemeinen nur auf die besseren Haferforten, weil für diese ein besonderes Interesse von seiten der Haferfloden-Industrie und der Militäraufkäufer vorlag. Man glaubt, daß sich die augenblicklichen Preise auch im November gut behaupten werden.

Die Preissteigerung wird im November im allgemeinen vom Angebot abhängen, das bei einer Besserung der Witterung zweifellos zunehmen wird.

Tarifiermäßigungen und Änderungen der Standgebühren.

o. Kürzlich ist eine Reihe von Änderungen im Warenzoll eingeführt worden, die eine Änderung des Termins für die Standgebühren bei Eisenbahnwaggons und Tarifiermäßigungen mit sich bringt. Mit Rücksicht darauf, daß die bisherige Art der Berechnung des Termins, während dessen Waggons von Standgebühren befreit sind, sich auf die Zahl der Dienststunden stützte und dadurch Mißverständnisse hervorgerufen wurden, ist der entsprechende Abschnitt der Bestimmungen über die zusätzlichen Gebühren in der Form geregelt worden, daß der von den Standgebühren freie Termin in laufenden Stunden festgelegt wird. Es werden also folgende Zeiten festgelegt:

- a) für alle Sendungen außer den nachstehend erwähnten 24 Stunden,
- b) für die Ausladung von lebenden Tieren 2 Stunden,
- c) für Pottaschsalze, Stickstoffdünger, Natrium-Soda, Steinsalz, Zement, Zink, Zinnober, Eisen- und Stahlprofile, Eisenbahnschienen und Blech, Röhren sowie Eisen- und Stahlrohr, sofern diese Waren zur Beladung auf alle Stationen in Ödgingen und Danzig kommen, 72 Stunden,
- d) für Eisenbruch, das in Ödgingen und Danzig aus Schiffen in Waggons geladen wird, 72 Stunden,
- e) für Kohlenentladungen, die von Gruben beladen und aufgegeben wurden in ganzen Zügen nach den Häfen Ödgingen und Danzig, 30 Stunden.

Die vorstehenden Termine rechnen von dem Augenblick der zur Verfügungstellung des Waggons zur Beladung beziehungsweise der erfolgten Benachrichtigung des Abnehmers vom Eintreffen der Sendung. Für Kohle und Koks, die in allen Stationen von Ödgingen und Danzig zur Beladung auf Dampfer eintreffen, beläuft sich der Termin, der frei von Standgebühren ist, auf 72 Stunden. Der Termin beginnt zu rechnen nach Ablauf von 2 Stunden nach Eintreffen des Waggons auf der Station.

Für den Versand von Rohzink und gewaltem Zink wird, falls im Laufe von 12 Monaten mindestens 15.000 Tonnen zur Ausfuhr über Ödgingen und Danzig aufgegeben wurden, eine Tarifiermäßigung eingeführt. Die bisherige Berechnung nach Klasse 15 wird in die Gebühr nach Klasse 16 umgeändert, was eine Ermäßigung von 10 Prozent bedeutet. Für die Ausfuhr von geschliffenem Nadelholz über die Landgrenze wird mit dem 1. November d. J. der Ausnahmetarif D 1 um 20 Prozent ermäßigt, bei der Ausfuhr über Häfen der Ausnahmetarif P D 1 um 15 Prozent. Gleichzeitig ist für die Ausfuhr von Zelluloseholz über die Landgrenze der Ausnahmetarif D 1 um 15 Prozent ermäßigt worden.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reines Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 2. November auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polst beträgt 7 1/2 %, der Lombardzins 8 1/2 %.

Der Zloty am 31. Oktober. Danzig: Ueberweisung 57,19 bis 57,30, Bar 57,22—57,33, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 47,175—47,575, Zürich: Ueberweisung 57,40, London: Ueberweisung 35,00, New York: Ueberweisung —.

Warenausfuhr vom 31. Oktober. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,45, 124,76 — 124,14, Belgrad —, Budapest —, Butareff —, Danzig 174,60, 175,03 — 174,17, Helsingfors —, Spanien —, Holland —, Konstantinopel —, Japan —, Kopenhagen —, London 34,25, 34,31 — 34,16, New York 8,92, 8,94 — 8,90, Oslo —, Paris 35,05, 35,14 — 34,96, Prag 26,39, 26,45 — 26,33, Riga —, Stockholm —, Schweiz 173,65, 174,08 — 173,22, Tallin —, Wien —, Italien —.

Ämtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 31. Oktober. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London — Gd., — Br., New York — Gd., — Br., Berlin — Gd., — Br., Warschau 57,22 Gd., 57,33 Br., Noten: London 19,50, Gd., 19,54, Br., Berlin — Gd., — Br., New York — Gd., — Br., Holland — Gd., — Br., Zürich — Gd., — Br., Paris — Gd., — Br., Brüssel — Gd., — Br., Helsingfors — Gd., — Br., Kopenhagen — Gd., — Br., Stockholm — Gd., — Br., Oslo — Gd., — Br., Warschau 57,19 Gd., 57,30 Br.

Berlin, 31. Oktober. Ämtliche Devisenkurse. New York 4,20—4,22, London 16,14—16,18, Holland 170,43—170,77, Norwegen 90,41—90,59, Schweden 93,41—93,59, Italien 21,68—21,72, Paris 16,78—16,82, Schweiz 82,02—82,18, Prag 12,47—12,49, Wien 58,94—59,06, Danzig 82,57—82,73, Warschau 47,25—47,45.

Züricher Börse vom 31. Oktober. (Ämtlich.) Warschau 57,40, Paris 20,18, London 19,77 1/2, New York 5,14, Belgien 71,55, Italien 26,40, Spanien 45,50, Amsterdam 207,00, Berlin 121,25, Wien —, Stockholm 114,70, Oslo 111,25, Kopenhagen 112,50, Sofia 3,71, Prag 15,18, Budapest 90,02 1/2, Belgrad 9,05, Athen 6,50, Konstantinopel 2,45, Butareff 3,05, Helsingfors 10,50, Buenos Aires 1,20, Japan 2,50.

Privat-Diskont Inland 1 %, pEt., Ausland 5 %, pEt.

Die Bank Polst zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zl., do. kl. Scheine 8,84 Zl., 1 Pf. Sterling 33,93 Zl., 100 Schweizer Franken 172,97 Zl., 100 franz. Franken 34,91 Zl., 100 deutsche Mark 209,20 Zl., 100 Danziger Gulden 173,92 Zl., holl. Krone 26,23 Zl., österr. Schilling —, Zl.

Verständigung

unter den polnischen Eisengießereien?

o. Bekanntlich bestand früher zwischen 20 polnischen Eisengießereien, welche die weitaus größere Hälfte der polnischen Produktion repräsentierten, eine Preiskonvention, die jedoch vor einiger Zeit wieder aufgelöst worden ist, da die Mitglieder der Konvention Bedingungen infolge der schlechten Verhältnisse nicht innewohnten. Es setzte daraufhin ein Konkurrenzkampf ein, welcher noch nie verzeichnete Ausmaße annahm. Die meisten Verkaufspreise waren niedriger, als die Herstellungskosten. Naturgemäß hat dieser Konkurrenzkampf auch einen ungünstigen Einfluss auf die Eisengütern ausgelöst. Um nun die Verhältnisse zu bessern, haben die drei größten polnischen Eisengießwerke ein Verständigungsabkommen abgeschlossen. Es wird angenommen, daß auch die anderen Firmen dieser Verständigung beitreten werden.

Konzessionszwang für den Metallhandel?

o. Das polnische Industrie- und Handelsministerium hat dem Sejm einen Gesetzentwurf über den Handel mit Metallen unterbreitet. Danach wird für den Handel mit Kupfer, Aluminium, Zinn, Nickel, Zink, Blei, Quecksilber, Magnesium, Mangan, Chrom und Wolfram ein Konzessionszwang eingeführt. Auch Erzeugnisse aus diesen Metallen, die eine mehr als 50prozentige Legierung dieser Metalle enthalten, fallen darunter, ebenso wie die Erze dieser Metalle und Almetalle. Die Konzession für den Handel mit diesen Metallen wird vom polnischen Industrie- und Handelsministerium erteilt. Sie umfaßt jeweils nur ein bestimmtes Gebiet. Da bekanntlich im Sejm die Regierungspartei die absolute Mehrheit besitzt, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Gesetzentwurf angenommen wird.

Zusatz in der ostoberschlesischen Kohlenindustrie.

o. Aus Kattowitz wird gemeldet, daß in Bezug auf die Zusammenlegung des Grubenbesitzes von Balickiem und Oberbedarf durch Einbringung in eine neue Gesellschaft unter der Bezeichnung „Kohlenzacken in Ruba“ mit dem Sejm in Ruba die letzten Formalitäten erfüllt worden sind. Das Gründungskapital der Gesellschaft ist in 1000 Akte eingeteilt; 850 Akte übernimmt die Industrieverwaltung des Grafen Balickiem und 150 Oberbedarf. Die neu gegründete Gesellschaft umfaßt folgende Bergwerke: „Bamel“ und „Pofol“, die Koksanlage „Wolfgang“, das Elektrizitätswerk in Nikolai, die gepachtete „Eminenz“-Grube, die Ziegel- und Schamottewerke „A. Emanuel“, sowie die Grubenbesitz und Wohnhäuser in Ruba. Die Produktionsfähigkeit der in der Gesellschaft vereinigten Bergwerke beträgt 3,5—4 Mill. T. jährlich.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 31. Oktober. Fest verzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Zloty) 40,50 G., 6proz. Konvertierungsanleihe (100 Zloty) 76,00 G., 4proz. Konvertierungsfondsbriefe der Posener Landbank (100 Zloty) 28,50 +.

Produktenmarkt.

Ämtliche Notierungen der Wiener Getreidebörse vom 31. Oktober. Die Preise verstehen sich für 100 Rilo in Zloty frei Station Wien.

Richtpreise:

Weizen	22,25—22,75	Viktoriaerbsen	21,00—26,00
Roggen	22,50—22,75	Folgererbsen	25,00—27,00
Gerste 64—66 kg	21,25—22,25	Sommerweizen	—
Gerste 68 kg	21,25—22,25	Blaue Lupinen	—
Braugerste	25,50—26,50	Gelbe Lupinen	—
Hafer	22,50—23,00	Speiselkartoffeln	2,50—2,80
Roggenmehl (65 %)	33,75—34,75	Exportkartoffeln	—
Weizenmehl (65 %)	33,50—35,50	Fabrikkartoffeln pro Rilo %	15,50
Weizenkleie	14,25—15,25	Senf	39,00—43,00
Weizenkleie (grob)	15,25—16,25	Roggenstroh, gepres.	—
Raps	31,00—32,00	Seu. lolo	—
Reinlinsen	—	Seu. gepreßt	—
Felderbien	—	Reiseheu	—

Gesamtendens: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedinaunen: Roggen 45 to, Hafer 15 to. Kartoffeln in besonderen Sorten über Notiz.

Danziger Getreidebörse vom 31. Oktober. (Nichtamtlich.) Weizen, 130 Rld., weiß 13,75—14,00, Weizen, 130 Rld., rot 13,25—13,50, Weizen, 126 Rld., rot 13,10, Roggen 14,00, Brauererbsen 15,00—17,75, Futtergerste 14,00—14,50, Hafer 13,00—13,25, Viktoria-Erbsen 15,50 bis 18,50, Grünerbsen 15,50—18,50, Roggenkleie 9,25—9,50, Weizenkleie 9,00—9,50, Baumhohn 40,00—42,00 G per 100 kg frei Danzig.

Oktober-Lieferung.

Weizenmehl, alt 25,50 G., 60 %, Roggenmehl 23,75 G per 100 kg.

Berliner Produktenbericht vom 31. Oktober. Getreide- und Velsaaten für 1000 Rg. ab Station in Goldmark: Weizen märk., 75—76 Rg., 221,00—224,00, Roggen märk., 72—73 Rg., 194,00—198,00, Brauererbsen 168,00—174,00, Futter- und Industrieerbsen 163,00—168,00, Hafer, märk., 146,00—152,00, Mais —.

Für 100 Rg.: Weizenmehl 28,00—32,50, Roggenmehl 27,50—29,50, Weizenkleie 10,25—10,50, Roggenkleie 9,75—10,25, Raps —, Viktoriaerbsen 22,00—29,00, Kleine Speiserbsen —, Futtererbsen —, Reinschoten —, Ackerbohnen —, Wicken —, Lupinen, blaue —, Lupinen, gelbe —, Geradella —, Rapslinsen —, Feinschoten 13,80—14,00, Erbsenschoten 6,10 bis 6,20, Sona-Extraktionschrot 12,00—12,40, Kartoffelflocken —.

Das Inlandsangebot war knapp, die Preise stetig.